

UNIA



ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

WM-Land Katar: Das Leiden hinter den glitzernden Fassaden. Seiten 10–11

**Baumeister weiter stur,
Bauleute sind streikbereit.**

Parat!

Bau-Vertrag auf der Kippe: Die grossen Demos im ganzen Land und das grosse Interview mit Bau-Chef **Nico Lutz.**

Seiten 3–5

Uhrmacher in Leben & Film

Im neuen Film «Unruhe» spielt Unia-Mann Raphaël Thiémard mit. Seite 7

Kein Geld am Feiertag?

Was gilt wirklich für im Stundenlohn Beschäftigte? Der Ratgeber. Seiten 16–17

Nobelbeiz: Putzen für ein Konfibrot

Jenjira Ryser putzte einen ganzen Tag für Sterne-Koch Andreas Caminada. Lohn erhielt sie erst, als sie die Unia um Hilfe bat. Seite 9





TICK TACK, TICK TACK

Die «Unruh» ist das Herzstück einer mechanischen Uhr. Sie gibt dem Ticktack den Takt vor. Zusammen mit der «Hemmung» sorgt sie dafür, dass die Zeit nicht im Nu verfliegt. Beide sind Teil eines filigranen «Schwingensystems», zuständig für Pünktlichkeit im Rädchenwerk. Die «Réglage», die Feinregulierung, erfolgt in ruhiger Handarbeit. Ein Auge blickt durch die Uhrmacherlupe, in der

Coop-Chef Wyss vergisst, wer die halbe Milliarde Gewinn erwirtschaftet hat.

Hand die Pinzette: so erschaffen Uhrmacherinnen und Uhrmacher in jahrhundertalter Tradition ein Kunstwerk (Seite 7).

Gefertigt aus weitge-reisten Rohstoffen, für Kundschaft aus aller Welt – schon seit je ein globalisiertes Produkt. Ein Luxusprodukt. Rund 1,6 Millionen Franken kostet die Reverso Hybris Mechanica Calibre 185 des Traditionshauses Jaeger-LeCoultre im jurassischen Vallée de Joux. Die Reverso Tribute Duoface Calendar kostet noch 26 700 Franken, die Reverso Tribute Monoface Small Seconds gibt's bereits für 8550 Franken.

Das ist noch immer viel mehr, als eine Uhren-arbeiterin durchschnittlich im Monat ver-dient. Umso erfreulicher: Die rund 50 000 dem Uhren-GAV unterstellten Arbeiterinnen und Arbeiter erhalten bis zu 6,1 Prozent mehr Lohn. Eigentlich nichts als logisch. Denn das Geschäft mit den Luxusuhren läuft wie geschmiert. Monatlich melden die Uhren-konzerne neue Export-Rekordzahlen. Bis Ende Jahr dürfte die Schweiz für deutlich mehr als 20 Milliarden Franken Uhren exportiert haben. Die Uhren-Patrons haben begriffen, wem sie diese Rekordumsätze verdanken. Und werden hoffentlich auch bei den kommenden GAV-Verhandlungen daran denken.

HEILIGER BIMBAM. Höchste Zeit für eine Ge-dächtnisstütze wäre es hingegen bei Coop-CEO Philipp Wyss, der pro Jahr volle 600 000 Franken garniert und sich die Re-verso Tribute Duoface Calendar locker zu Weihnachten schenken könnte. Er scheint vergessen zu haben, wer bei Coop zum rekord-hohen Gewinn von einer halben Milliarde Franken beigetragen hat. Anstelle einer rea-len Lohnerhöhung wollte der gelernte Metzger die Mitarbeitenden mit einem Einkaufs-gutschein abspeisen (Seite 6).

Sehr viel Zeit liess sich der Baumeisterver-band. In den Verhandlungen um den neuen Landesmantelvertrag wartete er ein halbes Jahr, ehe er präzise Forderungen auf den Tisch legte. Was er auf Druck der Gewerk-schaften schliesslich präsentierte, ist wahrlich eine «Zeitbombe»: Nur wenn sie die Bauleute nach ihrem Gusto chrampfen lassen können, sind die Baumeister bereit, den vollen Teue-rungsausgleich zu bezahlen. Dies, obwohl die Baubranche prächtig blüht. Kein Wunder, denken manche Baubüezer bereits an einen Jobwechsel. In eine Branche, in der sie ihre Gesundheit weniger aufs Spiel setzen und mehr Zeit für ihre Familien haben (Seiten 3–5).

FÜNF VOR ZWÖLF. Die Zeit läuft. Bis Ende November braucht's eine Einigung. Jetzt gehen Gewerkschaften und Baumeister in zwei Extra-Verhandlungsrunden. Ein neuer Landesmantelvertrag ist für alle wichtig. Deshalb gingen in der ganzen Schweiz Tau-sende Baubüezer auf die Strasse und forder-ten, dass die Baumeister endlich zur Vernunft kommen. Ansonsten folgen Streiks im neuen Jahr. Tick tack, tick tack ...

Die neuste Verteilanalyse des Gewerkschaftsbundes belegt es:
Kaufkraft sinkt dramatisch

Die Lebenskosten-krise spitzt sich dramatisch zu. Die Gewerkschaften for-dern: ab sofort keine Löhne mehr unter 4000 Franken. Und: Wer eine Lehre abge-schlossen hat, muss mindestens 5000 Franken verdienen.

CLEMENS STUDER
Die Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen verlie-ren massiv an Kaufkraft. Das zeigt die neuste Verteilungs-analyse des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) einmal mehr deutlich. Und die Situation spitzt sich zu.

- Die aktuellen Ursachen:**
- Die **Teuerung** ist so hoch wie seit Jahren nicht mehr.
 - Die **Energiekosten** und damit die Wohnnebenkosten steigen rasant.
 - Die **Löhne** stagnieren, und das schon seit Jahren.
 - Die **Krankenkassenprämien** explodieren.

Was nötig ist:

- **Mindestens der volle Teue-rungsausgleich.** Denn: Firmen, die diesen verweigern, nehmen den Lohnabhängigen schlicht reales Geld weg.
- **Massiv mehr Geld für Prämien-verbilligungen.** So wie es der Nationalrat beschlossen hat – was aber der Ständerat blockiert.
- **Höhere Mindestlöhne.** Das heisst: kurzfristig keine Löhne mehr, die unter 4000 Franken im Monat liegen. 13 Mal im Jahr. Generell keine Löhne mehr unter 4500 Franken. Und wer eine Lehre abgeschlossen hat, muss mindestens 5000 Franken verdienen. Die Lebens-haltungskostenkrise ist akut,



TEUERUNG FRISST LOHN: Die explodierenden Kosten treffen jene am härtesten, die sowieso schon wenig verdienen. Was es braucht, sind höhere Mindestlöhne und den vollen Teuerungsausgleich. FOTO: KEYSTONE

aber leider nicht neu. Auch das zeigen die Zahlen. Die Firmen-besitzenden stecken seit Jah-ren den grössten Teil der von den Lohnabhängigen erarbei-teten Produktivitätsgewinne in die eigenen Taschen. Darum verlangt die Unia in den Lohnverhandlungen über den vollen Teuerungsausgleich hin-aus auch reale Lohnerhöhun-gen. In etlichen Branchen konnten Erfolge erzielt wer-den, in anderen stellen sich die Chefs noch stur oder verwei-gern sich, wie etwa Coop (siehe Seite 6).

UNTEN LEIDEN, OBEN FEIERN
Der SGB hat ausgerechnet, was es für die Menschen in Bran-chen bedeutet, in denen sich die ideologische Ansage von Arbeitgeberverbandspräsident Valentin Vogt durchsetzen würde (Lohnanstieg: 1 Prozent).

Berücksichtigt sind auch die budgetierten Prämienverbill-igungen in den Kantonen, ein Mietanstieg von 2,5 Prozent, die höheren Energiekosten – und bei den Top- und Superver-dienen den die Abschaf-fung des Solidari-tätsprozents in der Arbeitslo-senversicherung, von der nur Löhne ab 148 200 Franken pro-fitieren (siehe Box).

Unia-Präsidentin Vania Alleva sagt zur aktuellen Lage: «Die Lohn- und Einkommens-frage ist zentral. Es geht hier darum, ob die Menschen über die Runden kommen, ob sie die Miete, die Heizkosten, die Krankenkassenprämien, den Zahnarzt, die Mobilität noch

SGB-Berechnung:
Kaufkraftverlust und -gewinn
bei einem Paar mit zwei Kin- dern pro Monat
unterste 10 Prozent der Löhne:
minus 190 Franken
mittlere Löhne:
minus 210 Franken
oberste 10 Prozent der Löhne:
plus 340 Franken
oberstes 1 Prozent der Löhne:
plus 900 Franken
oberstes 0,1 Prozent der Löhne:
plus 2750 Franken

bezahlen können. In welcher Welt leben die Arbeitgeber ei-gentlich, die den lieben langen Tag über Fachkräftemangel jammern, aber von den Be-schäftigten Lohnverzicht ver-langen?»

Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Fenaco gescheitert
Bauern-Konzern will Büezerinnen und Büezern die realen Löhne kürzen

Milliardenumsätze, Millionengewinne, Milliarden-reserven: aber keinen fairen Teuerungs-ausgleich für jene, die das alles mit erarbeitet haben. Das ist Fenaco.

CLEMENS STUDER
Fenaco hat letztes Jahr fast 7,4 Milliarden Umsatz ge-macht und 169 Millionen Fran-ken operativen Gewinn (Ebit). Das macht pro Kopf je Beschäf-tigte und Beschäftigten rund 15000 Franken Gewinn. Die Umsatzrendite lag bei 2,3 Pro-zent. Die Reserven bei rund 2,2 Milliarden Franken. Oder salopp ausgedrückt: Der Laden läuft und hat auch die Corona-krise hervorragend überstan-den. Die 11268 Fenaco-Mit-arbeitenden fordern deshalb



gemeinsam mit den Gewerk-schaften Unia und Syna eine Erhöhung aller Löhne um 5 Prozent, um damit die hohe Teuerung und die explodieren-den Krankenkassenprämien auszugleichen (siehe oben). Ausserdem fordern die Mitar-beitenden eine Einmalzahlung zur Honorierung ihrer enor-men Leistungen in der Corona-zeit. Doch Fenaco will ihren Beschäftigten die Löhne real sogar kürzen. Denn die Fe-

naco-Manager boten lediglich eine Erhöhung der Lohn-summe um 1,75 Prozent. Und diese nicht generell für alle Löhne. Mit einer Einmalzahlung von 750 Franken wollte sie die Leistungen der Mit-arbeitenden «honorie-ren» – und gleichzeitig auch die Teuerung aus-gleichen. Obwohl das eine mit dem anderen nichts zu tun hat. Zustän-dig für die Verhandlungen mit der Fenaco ist bei der Unia Johannes Supe. Er sagt zu work: «Es ist dreist, mit wel-cher Gleichgültigkeit Fenaco die Lasten der Krise auf die Be-schäftigten abwälzen will. Die Firma bestreitet in den Verhand-lungen nicht einmal, dass ihr Angebot Einbussen für die Lohnabhängigen bedeutet.»

LANDI, VOLG & CO.
Viele werden sich fragen: Wer ist Fenaco? Und tatsächlich ist der Milliardenkonzern den meisten nicht bekannt, seine

Firmen allerdings schon. Zu Fenaco gehören etwa die Landi-Läden, die Agrola-Tank-stellen und die Volg-Läden. Ausserdem verkauft sie den Bäuerinnen und Bauern etwa Saatgut und kauft ihnen die

«Es ist dreist, mit welcher Gleichgültigkeit Fenaco die Lasten der Krise auf die Beschäftigten abwälzen will.»

JOHANNES SUPE, UNIA

Ernte ab. Sie ist als Tierhänd-le-rin und industrielle Fleischan-bieterin tätig.
Wie geht es nach den bei-den gescheiterten Verhand-lungsrunden jetzt weiter? Unia-Mann Supe sagt: «Mit die-sem Ergebnis und vor allem mit der Begründung der Ge-schäftsleitung gehen wir jetzt zurück zu unseren Mitglie-dern. Selbstverständlich behal-ten wir uns gewerkschaftliche Massnahmen vor.»

Unia-Bauchef Nico Lutz über das harte Ringen um den Bauvertrag:

«Die ersten Angriffe sind vom Tisch»

Auch nach neun Verhandlungsmonaten ist ein neuer Landesmantelvertrag (LMV) noch nicht in Sicht. Unia-Bauchef Nico Lutz (51) erklärt, wie es so weit kommen konnte und was die Protesttage gebracht haben.

JONAS KOMPOSCH

work: Herr Lutz, Sie waren am 14. November an der eigentlich letzten Verhandlungsrunde über einen neuen LMV. Was ist dabei herausgekommen?

Diesmal waren beide Parteien mit reduzierten Delegationen vertreten. Über vier Stunden haben wir verhandelt. Es waren ernsthafte Diskussionen mit der gemeinsamen Absicht, bis Ende November eine Lösung zu haben. Doch eine solche ist noch nicht in Sicht. Es gibt jetzt am 22. und 28. November zusätzliche Verhandlungsrunden.

Nach neun Monaten noch immer kein Resultat! Ist das normal?

Im Bau kommt es immer wieder vor, aber gut ist das nicht. LMV-Verhandlungen beginnen jeweils im Februar. **Wir als Unia gehen da immer mit dem Ziel rein, möglichst zum Herbstbeginn eine Einigung zu haben. Daher wollen wir immer schon von Anfang an real diskutieren.** So haben wir schon in der ersten Sitzung alle unsere Forderungen transparent auf den Tisch gelegt.

Und die Baumeister?

Von Februar bis August hat uns der SBV keine präzisen Forderungen vorgelegt, sondern darauf bestanden, abstrakte Diskussionen über «gemeinsame Interessen» zu führen – ganz nach dem Lehrbuch des «Harvard-Verhandlungskonzepts». Dieses wurde einst von der US-Regierung im Nahostkonflikt eingesetzt. Aber Baumeister und

«Bis im Sommer fuhr der SBV eine Verzögerungstaktik.»

NICO LUTZ, BAUCHEF UNIA

Gewerkschaften sind nicht Israeli und Palästinenser! Wir haben seit über 80 Jahren einen

Vertrag und müssten unsere gemeinsamen Interessen eigentlich bestens kennen.

Haben Sie da nicht einmal auf den Tisch gehauen?

Doch, vor den Sommerferien. Erst dann hat der SBV uns sein «Arbeitszeitmodell 23+» vorgelegt. Demnach soll die Wochenarbeitszeit von den Firmen kurzfristig zwischen 0 und 48 Stunden festgelegt werden können. Zusätzlich wären bis zu 10 Stunden Reisezeit erlaubt, also total 58 Stunden – und das ohne Zuschläge. Dabei ist das Arbeitsgesetz klar: Alles, was über 50 Stunden Arbeits- und Reisezeit hinausgeht, ist Überzeit und muss mit einem Zuschlag von 25 Prozent entschädigt werden. Das Modell 23+ ist also schlicht gesetzeswidrig.

Und da machen die Firmen mit?

So klar scheint mir das nicht. Wir schreiben regelmässig 4000 Baufirmen an und legen unsere Sichtweise der Vertragsverhandlungen dar. Da bekommen wir auch viele Rückmeldungen. Mich interessiert, was die realen Bedürfnisse und Probleme der Firmen sind. Das ist Voraussetzung für fruchtbare Verhandlungen. **Ich führe regelmässig Gespräche mit Firmenvertretern – oft sehr gute. Und mein Eindruck ist, dass das SBV-Modell bei vielen Baufirmen weder wirklich bekannt noch gut abgestützt ist.**

Bewegt hat sich der SBV aber kaum.

Die Baumeister haben uns jetzt eine minim abgeschwächte Version ihres bisherigen Vorschlags vorgelegt. Neu fordern sie nicht mehr eine Wochenarbeitszeit von 0 bis 48 Stunden,



UNIA-BAUCHEF NICO LUTZ: «Wenn bis Ende November kein neuer Vertrag vorliegt, so ist ab dem 1. Januar mit Streiks zu rechnen.» FOTO: UNIA / ADOBE

sondern nur noch eine von 30 bis 48 Stunden. Aber Achtung: Diese Mindestarbeitszeit von 30 Stunden wäre keine scharfe Grenze. Unterschreitungen wären jederzeit möglich. Die Baumeister haben ein Beispiel vorgelegt, wie ihr neues Modell umgesetzt werden könnte: An 123 Arbeitstagen, also während der Hälfte des Jahres, müssten Bauarbeiter 9,6 Stunden auf der Baustelle verbringen. Hinzu kommt die Reisezeit. Das ist fast identisch mit dem bisherigen Vorschlag. Schlicht ein Angriff auf die Gesundheit und das Familienleben der Bauarbeiter.

Was haben Sie darauf geantwortet?

Dass es auf dieser Basis mit uns keine Lösung geben wird. Dieses Modell wäre schädlich für die Bauarbeiter sowie für die gesamte Branche. Die Firmen würden keine Leute mehr finden, und gestandene Fachkräfte würden abwandern.

Auch in der Lohnfrage lässt der SBV alles beim Alten.

Wenn die Bauarbeiter längere Arbeitstage im Sommer nicht akzeptieren, verweigert der SBV sogar einen vollen Teuerungsausgleich. So würden die Reallöhne sinken. Da müssen sich die Baumeister noch ziemlich bewegen, wenn ein Abschluss möglich werden soll.

Haben die im Oktober und November durchgeführten landesweiten Protesttage denn nichts gebracht?

Doch, auf jeden Fall. Erste Angriffe sind komplett vom Tisch. Etwa die Lockerung des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmende. Auch ihre Einstufung in tiefere Lohnklassen ist kein Thema mehr.

Das sei gar nie eine Forderung gewesen, sagt der Baumeisterverband, sondern ein Gewerkschaftsmärchen zu Propagandazwecken.

Wir haben nichts erfunden... (kramt in einem Stapel Akten). In diesem SBV-Papier steht es schwarz auf weiss: Als Forderung zum Thema «Ältere Arbeitnehmende» hält der SBV fest, «Lohn und Leistung» müssten «im Gleichschritt» sein und «Hürden für den Wiedereinstieg in die Arbeitswelt beseitigen». Zudem müsse «der bestehende Kündigungsschutz überprüft werden». Und «überprüfen» heisst hier ganz sicher nicht verbessern. Und der Präsident der Solothurner Baumeistersektion hat kürzlich wieder explizit gesagt, die Löhne von Älteren sollen gekürzt werden. Aber umso besser, wenn das nicht mehr aktuell ist. Das wird eine Lösungsfindung erleichtern.

Und wo stehen die Diskussionen bei der Bezahlung der Reisezeit?

Auch hier haben wir noch kein Ergebnis. Die Bauarbeiter fordern zu Recht, dass Schluss ist mit den pro Jahr bis zu 100 Stunden unbezahlter Reisezeit. Die Baumeister sahen bisher keinen Grund, hier etwas zu ändern.

Der SBV findet den LMV zu dick und zu kompliziert. Sie nicht?

Nein, aber ich bin nicht gegen Vereinfachungen, wenn sie sinnvoll sind. Der SBV möchte aber einfach möglichst viele Artikel streichen. Das würde nichts erleichtern. Nehmen wir den Jahresarbeitszeitkalender. Wenn der wegfällt, wie das der SBV will, müssten die Firmen jeden Monat neu planen – ein enormer Mehraufwand! Denn die Schweiz hat ein Mitwirkungsgesetz. Belegschaften müssten immer sechs Wochen im voraus

WORK-BAU-SCHWERPUNKT

- Búezer chrampfen auf Neuenburger Luxus-Baustelle – und **plötzlich kommt kein Lohn mehr**: Der aktuelle Fall, der zeigt, warum es einen starken Landesmantelvertrag braucht. **Seite 4**
- Der **Genfer Baumeisterverband schaltet für Tausende Franken Inse-rate**. Und beleidigt die Búezer als «Marionetten». **Seite 4**
- Fünf Protesttage, 15 000 Bauarbeiter und Bauarbeiterinnen und **ein fulminantes Finale** in Zürich: Die grosse work-Reportage. **Seite 5**

über die geplanten Arbeitszeiten informiert werden. Sie müssten auch dazu Stellung nehmen können. Einwände müssten bearbeitet werden. Und das alles während der Arbeitszeit – Monat für Monat. Kurz: ein teures Bürokratiemonster! Und auch den Arbeitenden bringt das wenig. Denn am Schluss entscheiden ja doch die Chefs.

Laut SBV waren die Warnstreiks an den Protesttagen eine Verletzung der Friedenspflicht. Liegt er damit wirklich komplett daneben?

Der Vorwurf zielt ins Leere. Seit neun Monaten wollen wir verhandeln. Bis im Sommer fuhr der SBV eine Verzögerungstaktik. **Die Bauarbeiter sind zu Recht wütend. Sie sind nicht bereit, die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen tatenlos hinzunehmen.** Absolut unverantwortlich wäre zudem, wenn die Gewerkschaften erst handeln, wenn der Vertrag schon ausgelaufen ist. Dann gäbe es nämlich bei jeder Vertragserneuerung einen längeren vertragslosen Zustand. Es ist daher normal, dass wir während der Verhandlungen Protestaktionen durchführen. Zudem sind sämtliche Aktionen weit im voraus angekündigt worden, und die allermeisten Bauarbeiter haben die Ausfallstunden mit Überstunden kompensiert. Es ist aber das gute Recht der Baumeister, ans Schiedsgericht zu gelangen. Das wirft uns nicht aus der Bahn.

Was aber, wenn auch die kommenden Sonderverhandlungen keine Lösung bringen? Dann ist ab dem 1. Januar mit Streiks zu rechnen.

Sind die Streikkassen denn gefüllt?

Ich glaube, es ist bekannt, dass die Unia nicht kurz vor dem Bankrott steht.

Will die Unia denn überhaupt eine Lösung in den Verhandlungen?

Sicher, aber nicht, wenn es bedeutet, Gesundheit und Familienleben der Bauarbeiter zu opfern. Der Vertrag ist wichtig für die Bauarbeiter, für die Firmen und für die gesamte Branche. Und wie immer in Verhandlungen: Beide Seiten müssen sich bewegen, um ein Resultat zu erzielen.

Auf Neuenburgs grösster Luxus-Baustelle:
Preiskampf eskaliert,
Löhne sind futsch



SCHÄBIG: Die Búezer auf der «Bella Vista»-Baustelle bekamen zwischenzeitlich keinen Lohn mehr. FOTO: PORR

Der Wiener Bauriese Porr ergattert in Neuenburg einen Grossauftrag, delegiert aber eine Bude aus dem Appenzellerland, die wiederum Subunternehmen aus zehn Kantonen anheuert. Jetzt steht alles kopf!

JONAS KOMPOSCH

Porr ist der zweitgrösste Baukonzern Österreichs. In der Schweiz hat er eine Niederlassung mit 300 Mitarbeitenden – und vor zwei Jahren zog er einen Grossauftrag an Land: Planung und Bau von «Bella Vista», einer riesigen Luxus-Wohnanlage mit spektakulärer Aussicht auf den Neuenburgersee.

Bauherr ist ein Genfer Immobilien- und Autohändler. Er spekuliert auf maximale Rendite, Totalunternehmerin Porr auf maximale Marge. Resultat: ein gnadenloser Unterbietungskampf bei der Vergabe der Unteraufträge. Unia-Sekretär Alexandre Martins sagt: «Die Bedingungen waren so schlecht, dass alle Firmen aus der Region ihre Offerten zurückzogen.» Porr wurde trotzdem fündig.

Die Rutsch Bau AG aus dem appenzellischen Stein war bereit, es zum Tiefpreis zu machen – aber nicht selbst. Ein Dutzend Subunternehmen aus zehn Kantonen habe er auf der Baustelle angetroffen, sagt Martins. Rutsch selbst habe fast keine Leute gestellt. Es waren denn auch Arbeiter von angeblich zahlungsunfähigen Drittfirmen, die Anfang November bei der Unia anklopfen. Weil sie alle keinen Lohn mehr erhielten! Die Gewerkschaft hatte die Baustelle ohnehin schon auf

dem Schirm. Denn immer wieder wurde dort die maximal erlaubte Wochenarbeitszeit von 50 Stunden überschritten. Zudem waren die Subunternehmen durch Trickserien bei der Reiseentschädigung aufgefallen. Und nun noch Lohnbschiss?

BUMMELSTREIK WIRKT

Die Geprellten wehrten sich mit einem Bummelstreik und schlossen sich am 7. und 8. November den Westschweizer Bau-Protesttagen an (siehe rechts). Und die Unia machte den Fall publik. Das hat gewirkt. Laut Gewerkschafter Martins haben viele Arbeiter ihre Löhne mittlerweile erhalten. Von wem und ob vollständig, ist allerdings noch unklar. Porr als verantwortliche Erstunternehmerin hat auf work-Anfragen nicht reagiert. Und die Appenzeler erheben massive Vorwürfe gegen den Öst-Konzern.

Das Totalunternehmen habe drei «ausgemachte Anzahlungen in der Höhe von je über einer halben Million Franken» nicht überwiesen. Zudem seien «beträchtliche Nachträge» für nicht vorgesehene, aber angeordnete Arbeiten abgewiesen worden. Und zu guter Letzt habe wegen des Schlamassels noch die eigene Bank eine halbe Million blockiert. Um eine Lösung zu finden, habe man mit Porr aber eine Vereinbarung getroffen. Diese sehe Direktzahlungen von Porr an die Rutsch-Subunternehmer vor. Selbst sei man zahlungsunfähig und habe Ende Oktober «sämtliche betroffenen Parteien über die Einstellung des Betriebs informiert». Ausgerutscht im Alltag des Bau-Wahnsinns! Für Unia-Mann Martins zeigt der Fall klar: «Es braucht einen starken Landesmantelvertrag und sicher nicht Deregulierungen, wie sie der Baumeisterverband fordert!»

So dreist stellen die Genfer Meister die Búezer dar:
Alles nur manipulierbare
Marionetten

Für viel Geld verbreiten die Genfer Baumeister Falschinformationen in der Presse. Und sogar ihre Búezer beleidigen sie.

JONAS KOMPOSCH

Das Ringen um den Landesmantelvertrag im Bauhauptgewerbe (LMV) treibt immer seltsamere Blüten. Etwa in Genf, wo sich die Baumeister als besonders verbissene Hardliner hervortun. Auf ihr Drängen hin hatte sich der Nationalverband bereits ins Klage-Abenteuer gegen die Gewerkschaften gestürzt. Weil die Baustreiks angeblich illegal seien. Der Plan ging nicht auf. Denn die angerufene Genfer Kammer für kollektive Arbeitsbeziehungen ist gar nicht zuständig. Sondern das schweizerische Schiedsgericht in Zürich. So steht's klipp und klar im LMV.

Doch die Genfer Meister haben nicht genug. Am 4. November schaltete ihr Verband ein halbeseitiges Inserat mit einem Comic in der welschen Ausgabe von «20 Minutes». Kostenpunkt: mindestens 15 000 Franken. Zu

sehen sind streikende Bauarbeiter-Marionetten mit dummem und ängstlichem Blick. «Mehr Lohn» fordern sie, «mehr Ferien» und «weniger Arbeit». Aber in Tat und Wahrheit, so suggeriert der Comic, seien es die Gewerkschaften Unia, Syna und SIT, die im Hintergrund die Fäden ziehen und die ahnungslosen Búezer manipulieren. Und sie auf die Strasse schicken! Dort verursachen die Búezer-Puppen dann Stau und machen aus Automobilisten Wutbürger. Sogar von einer «Geiselnahme der Bevölkerung» schreibt der Verband.

IRREFÜHRUNG

work hat beim Comic-Urheber Thomas «Grib» Schyrr (35) nachgefragt: «Für mich war das nur ein Job!» sagt er. Die Zeichnung entspreche nicht seiner Meinung, sondern jener des Genfer Baumeisterverbands. Dieser habe ihm für zwei Comics 1000 Franken gezahlt. Das zweite von Grib's Auftragswerken ist noch platter, zeigt die Gewerkschaft als zerstörerischen Abrissbagger. Erschienen ist es



UNVERSCHÄMT: Das Marionetten-Inserat der Baumeister. FOTO: «20 MINUTES»

in der «Tribune de Genève» am 8. November, dem zweiten Protesttag der Westschweizer Bauleute. 7000 von ihnen demonstrierten an diesem Dienstag in den Strassen (siehe rechts). So wie bereits am Tag zuvor. Doch das wollten die Meister nicht wahrhaben. In ihrem «Tribune»-Inserat behaupten sie: «Mehr als drei Viertel der Genfer Bauleute hätten nicht protestiert. Kostenpunkt dieser Irreführung: 10 000 Franken.



Zürich



La Chaux-de-Fonds



Lausanne



Simplon



Zürich



Zürich



Zürich

Das «Grande Finale» nach
Bauarbeit

Schon im Oktober protestierten die Bauarbeiter in Bellinzona und Basel – jetzt waren ihre Kollegen in der übrigen Schweiz dran. 15 000 Búezer machten den Meistern klar: Die Arbeitsbedingungen müssen besser werden!

DARIJA KNEŽEVIĆ

Während Bern noch tief und fest schlummert, ist im Hinterhof der Unia Bern schon am frühen Morgen einiges los. Busse fahren ein, und Helferinnen und Helfer, Mitarbeitende der Unia sowie Bauarbeiter stehen hellwach und motiviert parat für den langen Tag.

Denn heute steht der voreerst letzte Protesttag in Zürich an. Das Ziel: den Baumeistern Dampf machen.

Denn mit den aktuellen Verhandlungen verlangt der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) schlicht zu



«Wir sind alle zusammengekommen, so sind wir stärker!»

EISENLEGER EMBALO BUBACAR

viel von den Búezern. Unter dem Deckmantel der «Flexibilität» will er eine massive Ausweitung der Arbeitszeit. Auch bei der neuesten Vertragsrunde zwischen Gewerkschaften und dem Baumeisterverband kam es zu keiner Einigung (siehe Seite 3).

Zurück nach Bern: Bauarbeiter Nagip Asani (51) steht auch schon auf der Matte. Er will mithelfen und Kollegen auf den Berner Baustellen zum

fünf Protesttagen mit 15 000 Baubúezern in der ganzen Schweiz:
er lassen Zürich beben

Protest motivieren. Für ihn ist dieser Tag entscheidend. Denn wird der Baumeisterverband die Arbeitsbedingungen verschlechtern, will sich der 51-jährige beruflich umorientieren. Er sagt: «Chauffeur finde ich einen schönen Beruf, dort bin ich dem Wetter nicht täglich ausgesetzt und kann meinen Körper etwas mehr schonen.»

BAUSTELLEN STEHEN STILL

Im Car zur ersten Baustelle ins Liebfeld-Quartier macht Gewerkschaftssekretärin Sonia Oliveira eine Durchsage: «Jeder einzelne Arbeiter, der heute mitprotestiert, zählt!» Und so gelingt es, schon die erste Baustelle zum Stillstand zu bringen. Mehrere Búezer, darunter Maurer Majid Haidari (36), sind bereit, mit nach Zürich zu reisen: «Ich bin heute für meine Frau und meine zwei Kinder dabei. Noch weniger Zeit mit ihnen? Allein der Gedanke daran ist hart», sagt Haidari. Seine Tage sind heute schon lange, Zeit mit seiner Familie hat der



«Ich sehe meine Familie schon jetzt fast nur am Wochenende.»

MAURER MAJID HAIDARI

die Belegschaften zu spalten. Manche wurden sogar ins verlängerte Wochenende geschickt.

Doch dadurch lassen sich die gut 250 Búezer auf dem Waisenhausplatz

in Bern nicht beirren. Hier am Streik-Treff gibt's erst mal Kaffee. Auch Eisenleger Embalo Bubacar (51) gönnt sich einen. Er sagt: «Meine Kollegen und ich arbeiten alle in verschiedenen Buden. Doch heute sind wir zusammengekommen, denn als Gruppe sind wir stärker.»

Vier grosse Reisebusse voller motivierter Bauleute brechen vom Waisenhausplatz Richtung Zürich auf. Im Car herrscht gute Stimmung. Wer allein gekommen ist, findet hier Anschluss. Geredet wird viel und in vielen verschiedenen Sprachen. Italienisch, Albanisch, aber am häufigsten: Portugiesisch.

1500 BÚEZER IN ZÜRICH

Auch Schaler Antonio Pereira* spricht es. Und wie bei vielen anderen hier im Bus nagt auch an ihm die Einsamkeit: Seine Familie ist in Portugal. Doch für Pereira ist klar: «Bei jeder Demo spüren wir, dass wir doch nicht allein, sondern eine grosse Familie sind.» Bei der Einfahrt nach Zürich steigt die Aufregung.

Für einige Arbeiter ist es der erste Besuch in der Limmattadt! Und bereits ist die Nachricht durchgedrungen,



«Wird es nicht besser, muss ich mir einen neuen Beruf suchen.»

BAUARBEITER NAGIP ASANI

dass hier die allermeisten Baustellen ruhen. Die Grossbaustellen sowieso. Beim Volkshaus angekommen, geht schon der Demozug los. Angeführt von einem grossen Bagger, lauter Musik, Trillerpfeifen und guter Laune sind rund 1500 Bauarbeiter und einige wenige Bauarbeiterinnen auf der Strasse. So auch Idris Suljaković*, der bald in Pension geht: «Ich bin für die jungen Generationen da!» Er ist mit seinen Kollegen aus Luzern angereist.

* Namen geändert

Denn in Zürich versammeln sich heute auch Arbeiter aus der Zentral- und Ostschweiz sowie aus Bern und dem Berner Oberland. Auffällig ist das eher tiefe Durchschnittsalter der Demonstrierenden. Der frühere Bauarbeiter und langjährige Unia-Mitarbeiter Hilmi Gashi sagt sogar: «Ich habe noch nie so viele junge Arbeiter an einer Demo gesehen!» Die Baumeisterpläne beunruhigten jene am stärksten, die noch viele Berufsjahre vor sich haben.

Von der Langstrasse zieht der Protestmarsch in die Bahnhofshalle, wo Tische, Bänke und ein warmes Zmittag auf die Menge warten. Und nach der Mittagspause im Zürcher Hauptbahnhof geht es zur letzten Station: zum Hauptsitz des Baumeisterverbands.

Angeskommen, machen die Búezer mächtig Lärm. Doch am Gebäude sind die Jalousien heruntergelassen. Verschlossen die Baumeister die Augen vor der Menge an demonstrierenden Búezern? Oder ist man dort bereits im Wochenende?



ILLU: NINOTCHKA.CH

Die Briefträgerin & der Rückblick

Am Anfang hatte ein halbes Jahr als «Privatbriefträgerin» in einem Bergdorf gestanden, als vom Posthalter zur Bewältigung der Hochsaison temporär Angestellte. Die Post hiess noch PTT, und es wurde



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

ein schöner Winter mit Hore Schlitte, AHV-Auszahlungen und dazugehörigem «Kaffee fertig».

DAUERKONTROLLE. Es sind fünfzehn Jahre her, dass die Briefträgerin dann definitiv zur Post kam. Der Beginn war brutal. November, eisige Strasse, die Briefträgerin eine ungeübte Rollerfahlerin, der Zeitdruck trotzdem gewaltig. Mindestens einisch uf dSchnure gheie pro Winter gehörte dazu. Nicht nur bei ihr. Eineinhalb Jahre im Stundenlohn, dann, gerade noch rechtzeitig – die Finanzkrise hätte ihn wieder vereitelt –, ergatterte sie

Der Widerwille gegen das Durchfunktionieren in Gelb wuchs.

den Monatslohn. Die Frauen waren im Unterschied zu heute eine winzige Minderheit, die Lohnunterschiede zwischen Altgedienten und Neuestellten schon riesig. Dauerkontrolle von oben und leider auch von den Seiten an der Tagesordnung. Eine neue Leistungskultur wurde eingeführt. Die inzwischen etabliert scheint, es ist nicht mehr so viel Druck nötig wie damals.

VERMISSEN. Was die Briefträgerin jetzt schon vermisst: Die einzigartige Arbeit am Sortiergestell. Die Stimmung im Stollen, wenn sie gut war. Die DXP-Fahrten bei leichtem, warmem Wetter. Im Schärme ankommen nach einem Dauerregenmorgen. Fröhliche Begegnungen. Die Freude der Nutzniessenden an einer ersehnten Sendung. Sogar ein wenig die Frühmorgenatmosphäre, in den Strassen, im Bahnhof, im Zug: Pflegepersonal, Bauleute und am Samstag die Nachtvögel mit aufgelösten Gesichtern. Was der Briefträgerin gar nicht fehlt: Das Schrillen des Weckers zu nachtschlafener Stunde. Der Zeitteufel. Gehetz, Gefluch und Kistchenknallen, wenn die Stimmung im Stollen schlecht war. Besserwisserische, motzende «Kundschaft». Effizienzorientierte Reorganisationen.

Die Widerstandskraft der Briefträgerin gegen den Leistungsdruck wuchs im Verlauf der Jahre. Wie ihr Widerwille gegen das Durchfunktionieren in Gelb. Sie war gerne Briefträgerin bei der Post und ist es jetzt gerne nicht mehr.

Coop vergibt Gutscheine statt Teuerungsausgleich:

«Was soll ich mit den paar Fränkli?»

Trotz Rekordgewinn zahlt Coop seinen Mitarbeitenden nicht einmal den Teuerungsausgleich. Verkäuferin Antonella Molle (60) ist stinkhässig.

CHRISTIAN EGG

Bei Coop sinken nächstes Jahr die Reallöhne. Denn die Löhne steigen nur zwei Prozent, bei einer Teuerung von rund drei Prozent. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden Ende Monat weniger Geld im Portemonnaie haben. Und dies, obwohl dank ihnen Coop dieses Jahr mehr als eine halbe Milliarde Gewinn einstrich – ein neuer Rekord. Kein Wunder, ist Coop-Verkäuferin Antonella Molle hässig: «Das ist einfach unverschämte», sagt sie. Die 60jährige arbeitet seit 45 Jahren im Detailhandel. Trotzdem beträgt ihr Monatslohn gerade mal 4300 Franken: «Ist meine Erfahrung Coop nichts wert?»

Die zwei Prozent sind zudem nur für Löhne bis 4500 Franken fix. Darüber gibt's «individuelle Anpassungen». Und für alle einen Gutschein (siehe Box). Für die Unia-Mitglieder bei Coop war das deutlich zu wenig, sie lehnten dieses Angebot am 20. Oktober klar ab.

Fast zwei Monate lang hatten die Sozialpartner hartnäckig über die Löhne verhandelt. Die Beschäftigten forderten den vollen Teuerungsausgleich, dazu 100 Franken mehr für alle mit Löhnen unter 5800 Franken. Chef der Coop-Delegation war meist CEO Philipp Wyss persönlich (Jahreslohn 600 000 Franken). In der ersten Verhandlungsrunde lehnte er dieses Anliegen ab.

UNIA MACHT DRUCK

Doch die Coop-Chefs haben nicht mit der Reaktion der Unia-Mitglieder gerechnet. Anne Rubin, Co-Leiterin Detailhandel bei der Unia: «Die Leute waren enttäuscht, ja wütend, dass Coop sie nicht besser an der Wertschöpfung beteiligen will, die sie generiert haben.» In allen Regionen



HARTES RINGEN: Verkäuferin Antonella Molle (kleines Bild) und ihre Kolleginnen und Kollegen kämpften bis zum Schluss um den vollen Teuerungsausgleich. Doch Coop zahlt nur einen Teil davon, trotz über einer halben Milliarde Gewinn. FOTO: KEYSTONE / ZVG

wurden Coop-Mitarbeitende aktiv, diskutierten in der Unia-Fachgruppe und stimmten ab. Aus ihrer Mitte haben sie eine Begleitgruppe gewählt, diese entscheidet online nach jeder Verhandlung über das weitere Vorgehen.

Gewählt wurde auch Antonella Molle. Sie arbeitete bis abends um halb neun. «Dann bin ich heimgeflitzt und habe mich in die Sitzung eingeklinkt.» Die Gruppe diskutierte, bis sie ein Resultat hatte. Eine Stunde, anderthalb. Und Schritt für Schritt spürten die Coop-Chefs den Druck. Am 27. September akzeptierten sie endlich eine generelle Lohnerhöhung. Allerdings nur 1,5 Prozent. Die Hälfte der Teuerung.

Das letzte Wort hat die Fachgruppe. Für die Delegierten aller Regionen ist klar: Das Angebot ist zu tief. Sie beschliessen eine «rote Linie». Drei Prozent Teuerungsausgleich für alle Löhne bis 4800 Franken. Und sie legen ihre Position dem Coop-Verwaltungsrat in einem Brief dar. Alle unterschreiben. Leena

Schmitter, Unia-Co-Leiterin Detailhandel: «Dass alle als Gruppe hingestanden sind – das war ein starkes Zeichen.»

COOP LENKT ETWAS EIN

Und es wirkt. Coop korrigiert sein Angebot abermals. Aber nur auf zwei Prozent. Zu wenig. Die Fachgruppe lehnt erneut ab. Auch die Gewerkschaft Syna und der Kaufmännische Verband ziehen mit. Auch das ist neu. Letztes Jahr waren die Unia-Mitglieder noch die einzigen, die am Schluss Nein sagten.

Die Verhandlungen sind gescheitert. Coop setzt jetzt die zwei Prozent plus Gutschein in Kraft ohne das Okay der Gewerkschaften. Die Verkäuferin Antonella Molle ist enttäuscht. Über ihren Arbeitgeber, der stur blieb. Und über ihren Lohn, der tief bleibt. Zwei Prozent mehr sind 86 Franken. Sie sagt: «Allein die Krankenkasse wird 50 Franken teurer. Die Miete steigt, an die Stromkosten will ich gar nicht denken. Was soll ich da mit den paar Fränkli?»

Gutscheine: Coop rechnet falsch

Zusätzlich zu den Lohnprozenten schenkt Coop allen Mitarbeitenden einmalig einen Einkaufsgutschein von 800 Franken. Bei einem Monatslohn von 4500 Franken sind das, aufs Jahr verteilt, gut 1,3 Prozent des Lohnes. Coop schlägt diesen Wert flugs auf die 2 Prozent Lohnerhöhung drauf und kommt so auf einen «Anstieg von mindestens 3,3 Prozent».

SCHLECHTER DEAL. Doch Unia-Frau Leena Schmitter widerspricht: «Der Gutschein ist weder Teuerungsausgleich, noch werden die Löhne längerfristig angehoben.» Coop versuchte von Anfang an, einen Reallohnverlust mit Gutscheinen zu versüssen. Doch die Unia-Mitglieder lehnten den Deal stets ab: Gutscheine seien ein Geschenk und hätten in Lohnverhandlungen nichts verloren. (che)

Tierhandlung: Keine Löhne, leere Regale, kaputte Läden

Cats & Dogs ist auf den Hund gekommen

Den Mitarbeitenden der Tierhandlungskette Cats & Dogs fehlt der Oktoberlohn. Ihren Chef interessiert's nicht. Jetzt fahren sie die Krallen aus.

SONYA MERMOURD*

Gegen ihr «Hundeleben» haben am 9. November 15 Mitarbeitende der Tierhandlung Cats & Dogs in Lausanne protestiert. Grund für ihren Ärger: ausstehende Löhne.

«Der Firmenchef kommuniziert mit seinen Mitarbeitenden nur über Whatsapp.»

Unia-Mann Giorgio Mancuso sagt: «Rund 25 der etwa 35 Cats-&-Dogs-Mitarbeitenden haben ihren Oktoberlohn nicht erhalten, und fürchten um ihren Novemberlohn.» Aber nicht nur das. Bei der Tierhandlungskette mit 27 Filialen in der Romandie liegt so einiges im Argen. Einige Mitarbeitende ha-

ben keine Arbeitsverträge, und Unia-Mann Mancuso hat Bedenken hinsichtlich der Zahlung der Sozialversicherung.

Weder Mitarbeitende noch Gewerkschafter hatten je direkten Kontakt zum Chef, der in Frankreich wohnt. Mancuso: «Der Arbeitgeber kommuniziert mit seinen Mitarbeitenden nur über Whatsapp.» Ein weiteres Problem: den Filialen fehlt die Ware, Kundinnen und Kunden stehen vor leeren Regalen. Ihren Unmut darüber lasse die Kundschaft auch mal bei den Verkäuferinnen und Verkäufern raus. Ganz zu schweigen von fehlerhaften Installationen in einigen Geschäften, wie etwa eine blockierte Schiebetür.

KEIN GELD, KEINE LÖHNE

Inzwischen hat eine Delegation der Verkäuferinnen und Verkäufer die von Cats-&-Dogs-Chef Nizar Dahmani ernannte Treuhänderin getroffen. Diese war aber nicht in der Lage, Garantien für die Zahlung der ausstehenden Löhne zu



HUNDELEBEN: Die Verkäuferinnen und Verkäufer verlangen ihren Lohn. FOTO: THIERRY PORCHET

geben. Unia-Mann Mancuso erklärt, was das für die Verkäuferinnen und Verkäufer bedeute: «Sie können ihre Krankenkassenprämien, Mieten oder Einkäufe nicht mehr bezahlen.» Deshalb baten

die Mitarbeitenden die Treuhänderin, Chef Dahmani anzurufen. Doch dieser habe am Telefon nur gesagt: «Kein Geld, keine Löhne» – und das Gespräch war beendet. Die anwesenden Mitarbeitenden, die dem Gespräch zuhörten, waren verständlicherweise schockiert: denn nun drohen die Schliessung der Geschäfte und der Verlust ihrer Jobs. Die Unia suche jetzt Lösungen für die Mitarbeitenden und prüfe, ob Cats & Dogs die Sozialabgaben bezahlt habe, sagt Mancuso.

Und der Unia-Mann fürchtet noch einen weiteren Verlust, nämlich denjenigen der Treuhänderin als Vermittlerin zum Cats-&-Dogs-Chef. «Sollte die Treuhänderin ihr Honorar nicht erhalten, könnte auch sie zurücktreten. Der Anwalt hatte schon gar nicht am Treffen teilgenommen, wahrscheinlich weil er nicht bezahlt worden war.»

*Dieser Text erschien zuerst in der französischsprachigen Unia-Zeitung «L'Événement Syndical».

Unia-Mann **Raphaël Thiémard (53)** spielt in «Unruhe» einen Anarchisten

«Ich bin Uhrmacher von Beruf, ich hatte noch nie eine Rolle im Film»

Eigentlich ist Raphaël Thiémard bei der Unia Gewerkschafter für die Uhrenindustrie. Doch jetzt ist er auch in einem Spielfilm zu sehen. work hat ihn gefragt, wie es dazu gekommen sei.

RALPH HUG

work: Raphaël Thiémard, wie sind Sie überhaupt zu einer Rolle als Darsteller im Film «Unruhe» von Cyril Schäublin gekommen?



Raphaël Thiémard: Regisseur Schäublin suchte im Jahr 2019 nach Uhrmachern für einen Film über den Anarchismus in der Uhrenindustrie im Jura Ende des 19. Jahrhunderts. Ich habe Schäublin daraufhin kontaktiert, und wir waren uns auf Anhieb sympathisch. Es ist

dies übrigens eine sehr spannende Epoche, sowohl, was die Industrialisierung des Uhrmacherhandwerks, als auch, was die Entwicklung der politischen Ideen betrifft.

Sie spielen den Uhrmacher Michel Droz, der wegen seiner anarchistischen Einstellung schikaniert und diskriminiert wird. Hatten Sie schon Erfahrungen mit der Schauspielerei?

Ich bin von Beruf Uhrmacher und von der Ausbildung her spezialisiert auf alte Uhrwerke. Die technische Seite, die der Film sehr eingehend zeigt, ist mir also gut vertraut. Aber ich hatte zuvor noch nie eine Rolle in einem Film gespielt.

Da muss es auf dem Set sehr interessant für Sie gewesen sein. Schildern Sie uns doch, was Sie so erlebt haben.

Regisseur Schäublin arbeitet nicht nur mit Profis, sondern gerne auch mit Laien. Er kennt viele Tricks und Methoden, damit man vor der Kamera das Beste gibt. Vor allem versteht er es sehr gut, Situationen zu schaffen, in denen man sich so verhält wie im normalen Leben, also ganz natürlich. Wie im Film zu sehen ist, zeichnet ihn eine Eigenheit besonders aus: Auf originelle Weise mischt er gekonnt das Französische und das Schweizerdeutsche, manchmal sogar im selben Dialog. Dies schafft im Film eine unglaublich authentische Atmosphäre.



SCHIKANEN: Raphaël Thiémard muss in seiner Rolle als anarchistisch gestimmter Uhrmacher untendurch. FOTO: SCREENSHOT UNRUEH

Anarchistische Ideen konnten sich ausgerechnet unter den Uhrenarbeiterinnen und Uhrenarbeitern im Jura stark ausbreiten.

«Unruhe» von Cyril Schäublin – selber Nachfahre einer Uhrmacherfamilie – zeigt diese Situation in grossen Bildern. Was hat Sie am meisten beeindruckt?

Beeindruckend ist natürlich, dass die betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter ein derart starkes Klassenbewusstsein entwickeln konnten. Wie man im Film sehen kann, pflegten sie sogar die internationale Solidarität. Sie waren pazifistisch und antiautoritär ausgerichtet. Im Grunde hatten sie einfach begriffen, woher die Unterdrückung der Arbeiterklasse kommt.

Vom Anarchismus hört und sieht man aber nicht sonderlich viel. Wohl ist Piotr Kropotkin, einer der Protagonisten des Anarchismus im

19. Jahrhundert, im Film eine Hauptfigur. Aber er sagt nur wenig und erscheint eher in der Rolle des faszinierten Beobachters.

Die Leute in den Uhrenateliers waren eben keine Ideologen. Sie sahen, wie sich die Welt um sie herum veränderte, wie ihre Berufe, ihr Handwerk und auch ihre Dörfer immer mehr in den Sog der Industrialisierung und des kapitalistischen Profitstrebens gerieten. Und das geschah stets so, dass die Patrons die grossen Gewinner waren. Daher organisierten sie sich. So wurden sie schliesslich zu politischen Akteuren.

«Sie hatten einfach begriffen, woher die Unterdrückung der Arbeiterklasse kommt.»

«Unruhe» ist im Dekor der damaligen Zeit gedreht: die Fabrikhalle, die Beiz mit den Absinth-Trinkern, die Arbeiterinnen mit langen Röcken und hochgesteckten Frisuren, der Direktor im Frack, die Dampflok am Bahnhof. Doch ging es dem Autor auch um Bezüge zur Gegenwart. Worin sehen Sie die Botschaft dieses Werks?

Es ist offensichtlich, dass es bei diesem Film nicht nur um die Vergangenheit geht. In mehreren Szenen wird geschildert, wie die Arbeiterinnen und Arbeiter im Alltag erniedrigt werden. Unter dem System der Ausbeutung, das in den Fabriken errichtet wurde, wurden sie wie Kinder behandelt, so dass sie sich diesem Regime unterwarfen. 150 Jahre später hat sich nicht viel geändert. Das System ist noch daselbe, und es funktioniert noch immer gleich.

Spielfilm «Unruhe»: Ausgerechnet im Jura entwickelten Búezerinnen und Búezer anarchistische Ideen

Vier vornehme Damen aus dem russischen Adel sinnieren in exquisiter Umgebung über den Anarchismus. Mit dieser irritierenden Einstellung beginnt «Unruhe», der neue Film des Zürcher Autors Cyril Schäublin. Die Szene kommt aber nicht von ungefähr. Denn ein Verwandter dieser Damen ist Peter Kropotkin (1842 bis 1924, Bild oben), einer der Stammväter des Anarchismus. Kropotkin kam 1872 als Geograph und Landvermesser in die Schweiz.

Im Jura sah er, wie die Uhrmacherinnen und Uhrmacher in den Fabriken und Ateliers sich selber organisierten, jegliche Herrschaft ablehnten und über alle Grenzen hinweg Solidarität pflegten. Kropotkin war fasziniert, er wurde dort zum überzeugten Anarchisten. Bis an sein Lebensende propagierte er fortan in Büchern und Bro-



nur schweigsam durch die Gegend, ein aufmerksamer Beobachter. Als er sich in die schöne Arbeiterin Josephine Gräbli (Bild Mitte) verliebt, wird diese Liaison nur diskret angedeutet. Schäublin rückt anderes ins Zentrum: nämlich den Kapitalismus, wie er die Menschen in Besitz nimmt und die Verhältnisse umwälzt. So unaufhaltsam wie ein Uhrwerk. Der Vormarsch des

Profitssystems ist das Hauptthema dieses eigenwilligen Werks.

UHR-DIKTAT. So sehen wir, wie die Uhr in der Uhrenfabrik zur Rationalisierung der Produktion und zur Gewinnsteigerung genutzt wird. Wie viele Sekunden dauert es, bis eine Unruh, das Herzstück in der Mechanik, montiert ist? Bis die Spiralfeder korrekt schwingt? Die Arbeiterinnen und Arbeiter werden immer mehr zu Sklaven eines totalitär anmutenden Betriebs. Sogar die Wegstrecken auf dem Fabrikgelände werden gemessen, damit keine Zeit verloren geht. Die Uhr zwingt zum Gleichschritt, verschärft die Ausbeutung und ermöglicht die Totalüberwachung der Arbeitnehmenden. Der durchrationalisierte Betrieb hat in der Uhrenfabrik seinen Ursprung.

All dies zeigt Schäublins Film in eindrucksvollen Bildern. Das Räderwerk der Uhr wird zur Metapher der industriellen Revolution, die unerbittlich vordringt, selbst in entlegene Täler wie im Jura. Tat-

sächlich gehörte die Uhrenindustrie zu den ersten Branchen, die unter Globalisierungsdruck gerieten. Ganze Dörfer wie Saint-Imier produzierten schon früh für den Weltmarkt und waren ihm auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.

Wohl waren anarchistische Ideen unter den Uhrmacherinnen und Uhrmachern verbreitet. Sie führten zu Streiks, aber nicht zu Aufständen. Im Jura brannten keine Fabriken. Auch in Schäublins Film fliegen keine Fäuste, es explodieren keine Bomben. Es dominiert eine latente Spannung ohne Ausbruch. Unruhe herrscht. So handelt der Film von der Unrast einer Gesellschaft im Umbruch genauso wie von der Utopie eines besseren Lebens. Wie aber der Weg dahin führen soll, das lässt der Film offen. (rh)

Der durchrationalisierte Betrieb hat in der Uhrenfabrik seinen Ursprung.

Der Film **Unruhe** läuft aktuell im Kino.

Der Stromkonzern will nicht zur Versorgungssicherheit der Schweiz beitragen: Unverschämt, unverschämter, Axpo

Der Bundesrat bietet den Stromkonzernen viel Geld, damit sie die in den Schweizer Stauseen gespeicherte Energie nicht im internationalen Strom-Casino vergolden. Doch die Axpo macht nicht mit.

CLEMENS STUDER

Europa droht eine Stromknappheit, weil wegen des russischen Angriffs-kriegs auf die Ukraine und dessen Fol-gen die bisher billige Gasversorgung Geschichte ist. Auch in der Schweiz könnte es eng werden im Spätwinter: weil in europäischen Ländern ein be-achtlicher Teil der Energieversorgung von Gas abhängig ist, weil in Frank-reich ein grosser Teil der vermeintlich so zuverlässigen und sauberen Atom-kraftwerke wegen Alters- oder ande-

Die Axpo ist eine wild gewordene Zocker-bude mit dem ältesten AKW der Welt...

rer Schwächen vom Netz sind. Und trotz dem hohen Anteil von alten er-neuerbaren Energien wie der Wasser-kraft. Im Winter ist die Schweiz seit Jahren auf Stromimporte angewiesen, weil der Ausbau von neuen erneuer-baren Energien (zum Beispiel Sonnen- und Windkraft) verschlafen bezie-hungsweise politisch gebremst wurde.

WASSERKRAFT-RESERVE

Darum hat der Bundesrat in seiner Not beschlossen, den Stromkonzern-en viel Geld zu bieten, damit sie die in den Schweizer Stauseen gebun-kerte Energie nicht im internatio-nalen Strom-Casino vergolden, son-dern für die Versorgungssicherheit der Schweiz einsetzen. Dafür war der Bund bereit, einen «mittleren dreistel-ligen Millionenbetrag» aufzuwerfen. Falls der «Marktpreis» höher ist, gerne



WASSER AUF SPEKULANTENMÜHLEN: Die Anlage Limmern im Kanton Glarus ist das grösste Axpo-Pumpspeicherwerk. FOTO: AXPO

auch mehr. Konkret: Mit mindestens einer halben Milliarde Franken bezah-len die Steuerzahlenden und Konsum-ierenden (via höhere Netzgebühren) dafür, dass die Strombarone 500 Giga-wattstunden (GWh) zurückhalten. Das sind rund 5 Prozent der gesamten Stauseekapazität in der Schweiz und entspricht dem Stromverbrauch von 150000 Haushalten in einem Jahr. Egal, was man von dieser Idee hält: Es tönt nach einem guten Geschäft für die Stromkonzerne. Aber ganz offen-sichtlich nicht für alle. Besonders nicht für die Axpo. Denn die macht nicht mit. Es rentiere sich nicht, sagt die Axpo. Und gab ein saumässig teures Angebot ab. So saumässig teuer, dass nicht einmal die stromkonzern-freundlichen «Aufsichtsbehörden» Hand bieten mochten. Begründung

der Axpo: Wir haben den kommenden Strom schon viel teurer verkauft.

QUASI PRIVATISIERT

Doch wer ist diese Axpo überhaupt? Kurzformel: eine wild gewordene Zo-ckerbude mit dem ältesten AKW der Welt, die sich verspekuliert hat und darum eine Staatsgarantie braucht. Eigentlich müsste ja die fortschrittli-che Forderung sein: vergesellschaf-ten, weil Strom Service public ist. Aber das ist formal gar nicht nötig, weil die Axpo bereits den nordost-schweizerischen Kantonen und ihren Elektrizitätswerken gehört (siehe auch «Rosa Zukunft», Seite 14). Kon-kret: Zürich (36,5%); Aargau (28%), St. Gallen und Appenzell (12,5%), Thurgau (12%), Schaffhausen (8%) und Glarus (2%). Der Kanton Zug

hält rund 1 Prozent. Die bürgerlichen Mehrheiten in diesen Kantonen ha-ben es geschafft, die Axpo durch die Hintertür quasi zu privatisieren. So wie es die neoliberale Ideologie be-fiehlt. Die Folgen dieser Politik: Ver-

...die sich verspekuliert hat und darum eine Staatsgarantie braucht.

sorgungssicherheit gehört ausdrück-lich nicht zu ihren Aufgaben. Darauf sind die Manager und ihre politischen Helfershelferinnen auch noch stolz. Und drohen bei einer Änderung mit dem Niedergang.

Fragt sich nur, wessen Nieder-gang. Wohl jener der Zockerabtei-lung. In Zahlen: Im letzten Halbjahr

machte die Axpo einen Umsatz von 6 Milliarden Franken. Davon stam-men gerade einmal 1,4 Milliarden aus der eigenen Stromproduktion. Der Rest aus Spekulation. Die Axpo be-endet ihr Geschäftsjahr jeweils Ende September. Bis dahin hat sie wohl 12 Milliarden Franken im Handel um-gesetzt. Seit neuestem alles abgesi-chert mit einer Steuergeld-Garantie. Am 8. Dezember werden wir ein biss-chen Genaueres erfahren. Dann ist die Bilanzmedienkonferenz.

MILLIONEN-BONI

Der Finanzblog [insideparadeplatz.ch](#) berichtet, dass bei der Axpo «mindes-tens» 15 Trader eine Million Franken im Jahr oder mehr verdienen. Von diesen Traderinnen und Tradern gibt es Hundertschaften. Viele davon ha-ben sich nach der Finanzkrise in die Strombranche verabschiedet. Da kö-nnen sie weiterhin mit Derivaten, also quasi mit Wertscheinen, Roulette spielen. Wie, sieht man an der Axpo-Bilanz: Vom 1. April 2021 bis zum 31. März 2022 gingen die Axpo-Trader 7 Milliarden mehr kurzfristige Deri-vatpositionen ein. Bei den langfristi-gen Derivaten war es ein Sprung von 3,3 auf 27,9 Milliarden Franken.

GIGANTISCHE GEWINNE

Was hat das zu tun mit der Weige-rung, sich an der steuergeldfinanzierten Wasserkraftreserve zu beteiligen? Viel, wie eine kleine Überschlagsrech-nung zeigt. Der Axpo gehört das äl-teste noch betriebene AKW der Welt. Die Atom-Lobby brüstet sich mit Pro-duktionskosten von 4 bis 6 Rappen pro Kilowattstunde. Das macht pro Megawattstunde höchstens 60 Fran-ken. Der Bund bezahlt für die Wasser-kraftreserve rund 740 Franken. Wenn die Axpo darauf nicht einsteigt, zeigt das, mit welchen Margen sie dank staatlicher Garantie kalkuliert.

Es wird spannend sein, wie die marktwilden Parteien von der SVP bis zur GLP diese staatlich garantierten Krisengewinne im nächsten Sommer abschöpfen. Oder vermutlich eher, wie nicht.

Nach Mega-Skandal am Genfer Flughafen Baubüezer haben Jobs zurück

Sieben Tage die Woche chrampfen, täglich bis zu 12 Stunden, und das zu einem Stundenlohn von 9 Franken. So erging es Bauleuten am Genfer Flughafen. Doch die Unia greift erfolgreich durch.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Im Sommer flog auf: Rund fünf-zig Baubüezer, die für eine ita-lienische Baufirma arbeiteten, wurden beim Bau des neuen Lo-gistikzentrums am Genfer Flug-hafen massiv ausgenutzt (work berichtete). Die italienische Firma Mittel International SA hat weder Arbeitszeiten eingehalten noch die vorgeschriebenen Mindest-löhne bezahlt.

WARTEN AUF LOHN

Die Ausbeutung der Arbeiter aus Italien und Rumänien blieb aber nicht unbemerkt. Kurzer-hand schaltete sich die Unia Genf ein. Und auch eine Kontrolle des Genfer Büros für Baustellenkon-trollen (BCC) bestätigte: Grobe Ver-stösse gegen Gesamtarbeitsvertrag und Arbeitsgesetz!

In der Folge wurde Mittel In-ternational SA der Bauauftrag



ABGEFERTIGT: Am Flughafen Genf entsteht ein neues Logistikzentrum. Gebaut mit Dumpinglöhnen. FOTO: KEY

entzogen. Das traf aber auch die geprellten Büezer: Sie wurden von der Firma ohne Job und Lohn zurück in ihre Herkunftsländer geschickt. Doch der Unia gelang es nach langen Verhandlungen, die Arbeitsstellen zu sichern und die Arbeiter zurück nach Genf zu bringen. Mit dem Baukonzern Mittel gibt es allerdings weiterhin Krach: Immer noch warten die Bauarbeiter auf ihre Löhne. Und für die Unia ist klar: Die Verant-wortung für diesen Skandal liegt beim Genfer Flughafen.

Unia zeichnet Forschende aus

LAUSANNE. Zum zweiten Mal hat die Unia ihren Preis für Arbeits-soziologie und Gewerkschaftsfor-schung verliehen. Der Hauptpreis ging an den Winterthurer Histo-riker Andreas Fasel (45). In seiner Dissertation lüftet er pikante Geheimnisse der Maschinenfabri-ken Brown Boveri, Sulzer und MF Oerlikon. Und er analysiert de-ren Sozialpolitik ab 1937 kritisch. Betriebliche Vorsorgekassen, Wohl-fahrtshäuser oder Werkswohnun-gen seien primär Mittel zur Durch-rationalisierung des Arbeitslebens gewesen – und zur Anpassung der Belegschaften.

DUNKLES KAPITEL. Auch die Rolle des Metall- und Uhrenarbeiterver-bands (SMUV) nimmt Fasel unter die Lupe. Hierbei handle es sich um ein dunkles Kapitel der Ge-werkschaftsgeschichte, meinte dazu Unia-Präsidentin Vania Alleva in ihrer Laudatio ([rebrand.ly/Lau-datio](#)). Der SMUV habe «bei der Zu-richtung, Unterdrückung und Aus-beutung der Arbeitskräfte und besonders der Frauen und Migran-ten» kollaboriert. Fasels Buch ist frei zugänglich unter [rebrand.ly/Fabrikgesellschaft](#). Mit dem Nach-wuchspreis kürte die Jury Philo-mina Bloch-Chakkalakal (30). Sie hat mit ihrer Masterarbeit eine kaum beachtete Berufsgruppe in den Fokus gerückt: indische Pfl-egefachfrauen in der Schweiz.

Parisiennes- Personal bangt

BONCOURT JU. Löst sich Parisienne bald in Rauch auf? In Gefahr ist zumindest der Produktionsstandort der legendärsten Schweizer Ziga-rette. Ende Oktober gab der Londo-ner Konzern British American Tobacco bekannt, den Standort im jurassischen Boncourt zu schlies-sen. Seit 1887 werden dort Glimmstengel gedreht. Jetzt soll die gesamte Produktion ins Aus-land verlagert werden. Doch die



VOR DEM AUS: British Tobacco will die Parisienne-Fabrik im jurassi-schen Boncourt schliessen. FOTO: ZVG

220 Mitarbeitenden im Jura weh-ren sich. 90 Prozent von ihnen nah-men am 4. November an einer Ver-sammlung teil und beschlossen fast einstimmig, die Unia und die Syna mit der Vertretung beim Kon-sultationsverfahren zu beauftra-gen. Mitarbeitende und Gewerk-schaften suchen nun nach Wegen, wie der Betrieb zu retten wäre. Über einen Sozialplan will die Be-legschaft noch nicht diskutieren. Noch besteht Hoffnung.

Pflege-Protest vors Bundeshaus!

BERN. Rund ein Jahr nach dem Ja zur Pflegeinitiative haben sich die Arbeitsbedingungen in der Pflege-branche noch immer nicht verbes-sert. Im Gegenteil, die Situation spitzt sich immer weiter zu. Denn: Jeden Monat verlassen mehr als 300 Pflegenden den Beruf. Die Unia warnt: «Bald kann eine angemes-sene Pflege nicht mehr sicher-gestellt werden.» Jetzt ist beim Gesundheitspersonal der Gedulds-faden definitiv gerissen: Sämtliche Gewerkschaften und Personal-verbände mobilisieren zu einer grossen Protestkundgebung am 26. November auf den Bundes-platz. Ihre Forderung: Die Politik muss den Exodus endlich stoppen. Und die Spitäler, Heime und Pfl-egefürmen müssen endlich liefern.

MEHR FERIEEN. Konkret heisst das: deutliche Lohnerhöhungen oder Ar-beitszeitreduktionen bei gleichem Lohn. Erhöhung der Zulagen. Mehr Ferien, und zwar konkret: im Mini-mum fünf Wochen für alle Pflegen-den bis 49, für ältere Beschäftigte sechs bis sieben Wochen. Dazu: die volle Bezahlung der Arbeitszeit, der Umkleizeit sowie der Reise-zeit bei der Spitex. Und Zuschüsse für familienergänzende Kinderbe-treuung. Damit ihre Forderungen nicht weiter ignoriert werden kö-nnen, reisen die Pflegenden aus der ganzen Schweiz an. Mehr Infos un-ter: [rebrand.ly/pflege-protest](#).



EISKALT ABSERVIERT: Jenjira Ryser putzte den ganzen Gasthof. Lohn bekam sie aber erst nach schriftlicher Aufforderung. FOTO: STEPHAN BÖSCH

Reinigerin Jenjira Ryser über ihren Probetag im neuen Edel-Gasthof von Starkoch Andreas Caminada

«Ich fühlte mich als Gratisputzkraft ausgenutzt!»

Voller Vorfreude ging Reinigerin Jenjira Ryser (43) ans Probeschaffen im Gourmettempel Mammertsberg TG. Dann wurde sie bitter enttäuscht – und fast über den Tisch gezogen.

JONAS KOMPOSCH

«Was für eine Chance!» dachte sich Reinigungsfrau Jenjira Ryser*, als ihr das RAV dieses Jobangebot vorlegte. Endlich eine Vollzeitstelle! Zudem ganz in der Nähe. Und dann erst der Arbeitgeber: der altehrwürdige Gasthof Mammertsberg in Freidorf TG, ein schweizweit bekannter Gourmettempel mit Blick auf den Bodensee. Eine noble Adresse. Der Dreigänger ist ab 184 Franken zu haben, eine Übernachtung schlägt mit bis zu 520 Franken zu Buche. Neuerdings gehört das Spitzenrestaurant zur Unternehmensgruppe des berühmten Bündner Sternekochs Andreas Caminada (45). Er geniesst den Ruf eines guten Patrons. Das Jobinserat versprach sogar explizit: «Deine Chance, wertschätzendes Leadership zu erleben». Reinigerin Ryser bewarb sich sofort.

Prompt erhielt sie eine Einladung zum «Vorstellungsgespräch & Probearbeiten». So steht es im Bestätigungsmail, das work vorliegt. Dass man sie auf einen Sonntagmorgen bestellte, störte die gebürtige Thailänderin nicht. Pünktlich um 8 Uhr meldete sie sich an der Réception. «Dort wurde ich noch freundlich begrüsst», sagt Ryser. Doch dann habe der Wind gedreht.

WASSER UND BROT

«Eine Mitarbeiterin gab im Befehlston den Tarif durch.» Ryser und eine Mitbewerberin begannen zu putzen. Zuerst die Küche, dann den Speisesaal, die Treppen und zuletzt die Hotelzimmer samt Nasszellen. Sieben Stunden und 15 Minuten dauerte es, dann war der Mammertsberg blitzblank. Und Ryser fixfertig. Denn auf einen vollen Arbeitstag war sie nicht vorbereitet. Davon war schliesslich nie die Rede gewesen. Verpflegung hatte Ryser daher keine dabei. Und der Gourmettempel war für sie gar keiner: «Eine kurze Mittagspause hatten wir schon», sagt Ryser, «doch gab

Ein Abendessen für zwei mit Übernachtung kostet hier schnell über tausend Franken.

es für uns nur eine Scheibe Brot und eine Konfitüre vom Zmorgebuffet.» Eine Flasche Wasser habe man ihr noch hingestellt – zum Teilen mit der Mitbewerberin, aber ohne Gläser.

Obwohl ihr Magen schon knurrte, freute sich Ryser nun auf das Vorstellungsgespräch. Doch dazu kam es nie! Denn nach getaner Arbeit wurde Ryser einfach nach Hause entlassen – «ohne ein Dankeschön oder eine Verabschiedung». Ryser's Frust ist gross: «Ich fühlte mich als Gratisputzkraft ausgenutzt!» Um Probearbeiten habe es sich jedenfalls nicht gehandelt. Denn: «Nie hat uns jemand auf die Finger geschaut. Den ganzen Tag lang hat niemand mit mir gesprochen.» Schon am Mittwoch erhielt Ryser die Absage, trotz angeblich «sehr positivem Eindruck». So billig wollte sich Ryser nicht abservieren lassen.

WARUM NICHT GLEICH SO?

Zusammen mit ihrem Mann kontaktierte sie den Arboner Unia-Mann Lukas Auer. Und der stellte klar, was die Rechtslage verlangt: Ein Betrieb muss Bewerberinnen zum orts- und branchenüblichen Lohn entschädigen, wenn er sie im Rahmen eines Probetags arbeiten lässt. Ausser es wurde vorgängig etwas anderes vereinbart. Nicht bezahlt werden müssen dagegen Schnuppertage, bei denen es nur ums Kennenlernen des Be-

triebs geht. Diese Rechtsbelehrung leitete Jenjira Ryser direkt an den Mammertsberg weiter – zusammen mit einer Zahlungsaufforderung und einer Kontoverbindung. Das wirkte sofort: Kommentarlos bezahlte die Caminada Group AG die geforderten 200 Franken.

Aber warum nicht gleich so? Handelt es sich gar um eine Masche mit System? So wie das die Unia für die Genfer Hotelbranche festgestellt hat (siehe Box). Die

«Zum Mittagessen gab es eine Scheibe Brot und eine Konfitüre vom Zmorgebuffet.»

REINIGERIN JENJIRA RYSER

Caminada Group bestreitet dies und die Vorwürfe Ryser's vehement. Zwar könne es sein, dass im neu eröffneten Restaurant «noch nicht alle Abläufe perfekt eingespielt» seien. Doch Gratisarbeit sei in der Firmengruppe nicht üblich, «sofern es sich um echte Probearbeit handelt». Auch im Fall Ryser sei der Lohn «ohne weiteres» bezahlt worden. Ausserdem seien ihre Leistungen «am Ende der Pro-



BÜNDNER STERNEKOCH: Andreas Caminada besitzt den bekannten Gourmettempel Mammertsberg in Freidorf TG. FOTO: KEYSTONE

bearbeit» geprüft worden. Gescheitert sei die Bewerbung an «den nötigen Deutschkenntnissen». Daher habe auch ein Vorstellungsgespräch «nur in kleinem Umfang» stattgefunden. Und was sagt der Gourmettempel zur Verpflegungssituation? Die Bewerberinnen hätten sich «am gesamten Frühstücksbuffet bedienen» dürfen.

Zu guter Letzt hebt die Firma noch den Mahnfinger: «Gegen eine allfällige (negative) Berichterstattung werden wir uns zur Wehr setzen.» Ja dann, en Guete!

Hotel-Reinigung: Gratisarbeit mit System

Schon Mitte September schlug die Genfer Unia Alarm: Unbezahlte Probeeinsätze hätten massiv zugenommen – besonders in den Nobelhotels am Genfersee. Neue Reinigungskräfte müssten oft bis zu drei Tage lang gratis chrampfen.

SKRUPELLOS. Betroffen von dieser illegalen Ausbeutung seien die verletzlichsten aller Lohnabhängigen: Migrantinnen und Migranten mit unsicherem Aufenthaltsstatus und ohne Rechtskenntnisse. Sie würden von skrupellosen Temporärbuden angeheuert und an die Hotels ausgeliehen – zunächst zum Nulltarif. So sicherten sich die Personalverleiher langfristige Verträge mit den Hotels. Und die Hotels profitierten von der Abwärtsspirale bei den Lohnkosten. Aufgeflogen ist das System nicht nur dank der Unia. Ehemalige Mitarbeitende einer Temporärentur hatten zuvor bei der Gewerkschaft ausgedeckt. Jetzt ermittelt das Genfer Arbeitsinspektorat. (jok)

* Nachname geändert

Ex-CIA-Spione dienen Katar-Scheichs:
Hacker-Angriff auf den Gewerkschaftsbund

Wegen seiner Katar-Kritik wurde der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) Ziel einer Cyberattacke. Jetzt sind neue Spuren aufgetaucht – sie führen nach Doha, New York und an den Genfersee.

JONAS KOMPOSCH

Hie und da kam schon fast so was wie WM-Vorfreude auf. Doch dann liess «SRF Investigativ» die Bombe platzen – knapp drei Wochen vor Anpfiff: Höchste katarische Regierungskreise haben für fast 400 Millionen Dollar mindestens 66 Spione und Manipulatorinnen angeheuert. Ihr Auftrag: dafür zu sorgen, dass dem heftig kritisierten Emirät die Männerfussball-Weltmeisterschaft nicht entzogen wird. Das Konzept dazu stammt laut SRF von der New Yorker Schnüffelfirma Global Risk Advisors. Sie gehört dem ehemaligen CIA-Spion Kevin Chalker. Was er im

Schild führte, geht aus geleakten Firmendokumenten klar hervor: Das «Projekt Gnadendilos» sei «dar-

auf ausgerichtet, die Rolle Katars in Operationen zu verbergen und gleichzeitig Technologie sowie menschliche Aufklärung einzusetzen (...), um die öffentliche Meinung zu manipulieren».

EINFALLSTOR «AKTIVISTIN»
«Technologie eingesetzt», sprich gehackt, wurde auch gegen den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) mit Sitz in Brüssel. Den 200-Millionen-Dachverband, in dem via SGB auch die Unia Mitglied ist, traf es Ende 2015. Der Zeitpunkt ist kaum zufällig. Damals verweigerten die Katar-Scheichs den Gewerkschaften noch jegliche Inspektion vor Ort. Deshalb lancierte der IGB eine grosse Kampagne. Dohas Antwort folgte prompt. Es begann mit einer Mailanfrage von Safeena Malik, einer scheinbar international vernetzten Menschenrechtsaktivistin mit Arbeitsschwerpunkt Katar. In Wirklichkeit war Malik keine reale Person, sondern ein hochprofessioneller Fake. Das deckte das US-Wirtschaftsmagazin «Forbes» auf. In Malik's Mails waren Cyberfallen versteckt. Damit wurden Mailkonten des IGB geknackt, darunter jenes der Pressesprecherin von IGB-Präsidentin Sharan Burrow. Dann landeten verfälschte IGB-Mails im Netz. Die Fakes waren Teil einer antigewerkschaftlichen Desinformations-



SHARAN BURROW: Die IGB-Chefin kämpfte jahrelang hartnäckig für Arbeiterrechte im «Sklavenstaat» Katar. FOTO: INDUSTRIALL

kampagne. All das machte der IGB im Januar 2016 publik. Ungeklärt blieb jedoch die Urhebererschaft des Cyberangriffs.

DETAILLIERTE PROFILE ERSTELLT
Nun enthüllt SRF: Spuren der Pro-Katar-Hacks führen zu einer IT-Firma aus Indien. Wegen attackierter Fifa-Leute war diese schon 2012 auf dem Radar der Zürcher Staatsanwaltschaft. Doch diese ermittelte ohne Biss. Heute lebt der damalige IT-Firmenboss in einer Oligarchenvilla am Genfersee. Am Anti-Gewerkschafts-Hack haften laut SRF allerdings die Fingerabdrücke von Global Risk Advisors, der Firma von Ex-CIA-

WORK ONLINE: «DIE AKTE KATAR»
Zum Anpfiff der Fussball-WM veröffentlicht work alle bisher erschienenen Artikel zum Thema im grossen Onlinedossier: workzeitung.ch/katar.

Spion Chalker. Es liege ausserdem ein Dokument vor, in dem die US-Firma den IGB als «grosses Problem für Katar» darstelle. Zudem habe Global Risk Advisors ein «detailliertes Beziehungsnetzwerk» erstellt «von Personen, die für die Gewerkschaft arbeiten». Aus dem Dokument gehe auch hervor, inwiefern die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit der Fifa zu tun hätten. work hätte die Spur gerne aufgenommen, zumal der Fall für SRF offenbar abgeschlossen ist. Doch der Gebührensender wollte das Dokument partout nicht herausgeben. Sogar eine einmalige Einsicht verweigert er – und zwar ohne Angabe von Gründen.

Homophob und frauenfeindlich
Schockierende Scheichs

Eine Doku zeigt frauen- und schwulenfeindliche Scheichs live vor der Kamera.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Prunkvolle Fussballstadien, luxuriöse Hotels. Die Wüstenstadt Katar hat sich für die anstehende Fussballweltmeisterschaft auf



FRAUENFEIND: Scheich Khalid Salman. FOTO: ZDF

Hochglanz poliert. Doch ein Blick hinter die schillernden Kulissen zeigt: In Katar werden Menschenrechte mit Füssen getreten. (work berichtete: rebrand.ly/teufelskreis). Nicht nur leben viele Arbeitsmigrantinnen und -migranten in prekären Verhältnissen. In der Doku des ZDF «Geheimsache Katar» schockiert WM-Botschafter Khalid Salman mit homophoben Aussagen: Schwulsein sei «Haram», also eine Sünde. Laut Salman haben Katar «einen geistigen Schaden». Denn Homosexualität ist in Katar illegal und wird bestraft.

SÜSSIGKEITEN. Ein weiterer Ausschnitt aus dem Dokumentarfilm zeigt die Frauen-

feindlichkeit der katarischen Scheichs. Ein ZDF-Journalist traf sich mit mehreren Scheichs zum Abendessen. Auf die Frage, warum Frauen in Katar verschleiert sein müssen, folgt ein absurder Vergleich. Einer der Scheichs nimmt das Beispiel von Süssigkeiten. «Vor dir liegt eine unverpackte Süssigkeit. Du weisst nicht, ob sie jemand berührt oder angebissen hat. Dann nimmst du doch lieber die verpackte Süssigkeit.» Als der Journalist darauf hinweist, dass Frauen ja keine Süssigkeiten seien, zeigt die Männerrunde kein Verständnis.

Die Aussagen der Katarer lösen Entsetzen aus. Doch die Sponsoren schreckt dies nicht ab. Das Geld für die Profitmaschine Fussball-WM fliesst munter weiter. Bisher hat sich noch kein grosser Geldgeber kritisch geäussert oder sogar das Sponsoring abgesagt. Anders diverse Menschenrechtsorganisationen: Neu warnt Human Rights Watch vor Reisen nach Katar. Besonders für Menschen der LGBT-Community berge der Aufenthalt Risiken.

Der Dokfilm **Geheimsache Katar** ist in der ZDF-Mediathek abrufbar: rebrand.ly/zdfkatar.

Die Fussball-Weltmeisterschaft in Katar: Im Land der extremen Gegensätze
Hinter der glitzernden Skyline von Doha liegen Ausbeutung und Tod

Die WM zu viel: Fussball ist zur irren Geldmaschine verkommen

Mit der Fussball-WM will sich Katar einen Platz auf der Weltkarte erobern. Ein pharaonisches Projekt. Rund 2,7 Millionen Arbeitsmigrantinnen und -migranten bezahlen dafür mit Ausbeutung. Und manche sogar mit dem Leben.

OLIVER FAHRNI

Der Nabel der Welt ist dieser Tage ein Stück arabische Wüste am Persischen Golf, kaum grösser als Korsika. Neun Beduinestämme siedeln auf der Halbinsel von Katar, 290'000 Seelen, dirigiert durch den Clan der Al Thani. Und bedient von 2,7 Millionen asiatischen, afrikanischen und europäischen Arbeitenden, die das Land bauen, am Laufen halten und verteidigen.

Politisch ist Katar längst ein wichtiger Akteur. Ein widersprüchliches Land. Als Autokratie, in der Gewerkschaften und Parteien verboten sind, Frauen Bürgerinnen zweiter Klasse bleiben und Homosexualität als Verbrechen gilt (siehe Text links unten), war Katar 2011 die lauteste Fürsprecherin des Arabischen Frühlings. Vorab über seinen Nachrichtensender al Jazeera, der die Diktaturen und die westlichen Interventionen hart anpackte. Was die Dauerfeindschaft mit dem grossen Nachbarn Saudiarabien und mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (die Katar 1971 gerne geschluckt hätten) befeuerte.

Kein Zufall, ermordete die israelische Armee im Mai 2022 al-Jazeera-Starjournalistin Shireen Abu Akleh.

Sämtliche Lieblingsschurken der USA – die afghanischen Taliban, Palastinas Hamas oder die Muslimbrüder – fanden in Doha offene Türen. Mit Iran teilt sich Katar das riesige Gasvorkommen «North Field» im Persischen Golf. Gleichzeitig aber beherbergt Katar die riesige US-Militärbasis al-Udeid, von wo aus die USA ihre Kriege im Nahen und Mittleren Osten führen.

BEDUINEN-MONARCHIE

Wie die Familienmonarchie intern genau funktioniert, ist schwer zu ermitteln. Sichtbar ist: Muss das Regime seine Politik ändern, wechselt es seine Emire aus. Unblutig putschte Prinz Hamad Al Thani 1995 seinen Cousin, Emir Khalifa Al Thani, weg. 2013, als saudisches Geld den Arabischen Frühling erstickt hatte, überliess Hamad die Macht Tamim Al Thani, einem seiner 23 Kinder.

Der heutige Staatschef wurde in der britischen Militärakademie Sandhurst gedrillt. Von seinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern hat er wenig zu befürchten. Opposition ist untersagt. Alle sind vollversorgt, Ausbildung, Wohnung, Medizin usw. sind gratis. Reichlich Hauspersonal aus Asien und Afrika besorgt die täglichen Verrichtungen. Die ganze Last der Ökonomie liegt auf den importierten Arbeitenden aus Nepal, Bangladesh, dem Sudan, den Philippinen ...

Staatschef Tamim Al Thani beschleunigte die Bauorgie für die Fussballweltmeisterschaft (siehe Artikel rechts). Heute ist Dohas Skyline eine futuristi-

Die ganze Last der Ökonomie liegt auf den importierten Arbeitenden.

sche Sammlung wildester Architektenträume. Ein Eldorado für westliche Baukonzerne, Designer, Planer, IT-Leute. Neue Städte schiessen aus dem Boden, etwa um das neue Lusail-Stadion (80'000 Plätze), wo das Endspiel der WM angesagt ist. Wer die «Golden Class» der modernsten selbstfahrenden Metro der Welt benutzt, sitzt auf feinem Leder. Die Metro hat vier Klassen.

EDELTOURISMUS

Für die globale Aufmerksamkeit und ihre Zukunft als Edeltourismus-Destination investieren die Katarer zwischen 150 und 220 Milliarden Dollar. Nicht sicher, ob sich das rechnet. Internationale Gewerk-

schaften, die Uno-Organisation für Arbeit (ILO) und Menschenrechtsorganisationen interessieren sich für die vielen Toten auf den Baustellen, die Arbeitsbedingungen des Hauspersonals und die Grundrechte. Sie haben fürchterliche Missbräuche und Diskriminierungen aufgedeckt, teilweise sogar Formen von Zwangsarbeit («moderne Sklaverei», ILO).

Auf die massive Kritik reagierte das Emirät mit neuen Arbeitsgesetzen. Die Bedingungen auf den Stadionbaustellen wurden verbessert, das menschenunwürdige Kafala-System 2020 offiziell abgeschafft (work berichtete: rebrand.ly/erste-schritte).

Staatschef Al Thani behauptet, es sei nur zu 3 tödlichen Arbeitsunfällen gekommen. Selbst vorsichtige Schätzungen melden 5000 Tote im landesweiten Infrastrukturbau seit der WM-Vergabe. Und ob Katar nach der WM bereit ist, die Arbeitsbedingungen der 2,7 Millionen Migrantinnen und Migranten tatsächlich zu verbessern und etwa Gewerkschaften zuzulassen, hängt wohl von internationalen Druck nach dem Schlusspfiff ab.

Die Fussballweltmeisterschaft 1998 in Frankreich war luxuriös. Sie kostete 360 Millionen



FIFA-BOSS: Gianni Infantino. FOTO: KEY

Euro. In Katar wird sie 600 Mal so teuer. Als der damalige Fifa-Chef Joseph Blatter am 2. Dezember 2010 den Austragungsort Doha verkündete, wussten

alle, dass der Entscheid Irrsinn war, ökologisch, sozial, sportlich. Schon am nächsten Morgen begannen Staatsanwälte mit Nachforschungen wegen Korruption. Diese WM musste gekauft sein. Daraus wurde das Katar-Gate.

SARKOZY, PLATINI & CO. Denn das Emirät am Golf verfügte über keine Stadien. Im Sommer wird es dort oft 50 Grad heiss, unerträglich für Bau

und Sport. Also muss die Riesenveranstaltung gekühlt werden. Absurd. Und weil auch die Unterbringungsmöglichkeiten in Katar fehlen, werden täglich 160 Grossflugzeuge die Fans aus Abu Dhabi nach Doha schaffen – und wieder zurück. Selbst das Zwangsarbeitssystem für die ausländischen Arbeitenden war längst ein Thema. Doch wie sagte ein ehemaliger Fifa-Generalsekretär: «In Katar war viel Geld zu holen...» Der Mann räumt ein, eine Villa auf Sardinien ergattert zu haben.

Michel Platini, Ex-Ballon d'Or und Uefa-Präsident, stellte sich zuerst gegen Katar. Dann wurde er zu einem Essen in den Elysée-Palast gerufen. Anwesend waren Präsident Nicolas Sarkozy, der heutige Emir von Katar, Tamim Al Thani, der Premierminister Katars und einige Berater. Am Ende stimmte Platini für Katar, das Emirät kaufte französische Rafale-Kampfflugzeuge und den Pariser Spitzenclub Paris Saint-Germain... natürlich alles ohne Zusammenhang. Scheinbar.

JURISTISCHER NEBEL. Der Krimi ist inzwischen 12 Jahre alt und schlimmer als eine Netflix-Serie. Fifa-Gate, 15 Verantwortliche in einem Zürcher Luxushotel verhaftet. Ein Bun-

Saudiarabien richtet die Asien-Winterspiele 2029 auch in der Wüste aus.

desanwalt, der über heimliche Treffen mit einem Verdächtigen in einem Berner Hotel stolpert, unter den Augen der Katarer. In Sand gesetzte Strafuntersuchungen. Viele Anklagen. Geständnisse, widerriefene Geständnisse. Juristisch herrscht Nebel, doch niemand zweifelt mehr: der Entscheid der Fifa war gekauft. Nicht einmal, sondern gleich zweimal. Denn 2014 begann man dar-

über zu reden, Katar die Weltmeisterschaft wieder wegzunehmen, weil im Sommer niemand in der Wüste spielen kann. Also musste sie auf den Winter verschoben werden. Neue Mausechelen. Was soll's: Saudiarabien richtet die Asien-Winterspiele 2029 auch in der Wüste aus.

Neoliberales Kapital hat Millionen von Kickern, diesen «Bettlern des guten Fussballs», den Fussball weggenommen, wie der uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano schreibt. Und die Fifa ist mitredntr, mit vielen Milliarden Umsatz. Da wäre es das mindeste, die Idee von Amnesty International umzusetzen und die Fifa zu zwingen, einen Entschädigungsfonds für die Arbeitenden in Katar einzurichten.

Dann könnte man Fifa-Präsident Gianni Infantino den Fussball aus der Hand nehmen, um ihn den Fussballern zurückzugeben. Wahrscheinlich würde ihn das nicht kratzen – Infantino ist schon vor Monaten nach Katar umgezogen. Dort lieben sie die Falkenjagd. OLIVER FAHRNI



GEGEN MODERNE SKLAVEREI: SO MACHTEN GEWERKSCHAFTEN DRUCK

Die vollständige Chronologie ist auf workzeitung.ch/katar abrufbar.

2010



Die Fifa vergibt die Fussball-WM 2022 an Katar. Trotz Warnungen von Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen. Wie genau es dazu kam, ist bis heute unklar. Der Korruptionsverdacht hält sich hartnäckig.

2012–2015



Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) kündigt eine Untersuchung der Arbeitsbedingungen in Katar an. Betroffene berichten von Todesfällen, Gewalt und Ausbeutung. Der IGB organisiert zum ersten Mal in der Geschichte eine Gewerkschaftsdemonstration in Doha und warnt vor 7000 toten Bauarbeitern bis zur WM.

2016



Nach jahrelangem Ringen gelingt ein Durchbruch: Die Internationale Bau-gewerkschaft (BHI) und das Supreme Committee, das die WM-Infrastruktur in Katar verantwortet, schliessen ein Abkommen. Eine Gewerkschaftsdelegation kontrolliert nun regelmässig die Arbeitsbedingungen auf den Stadionbaustellen. Auch die Unia ist dabei.

2017–2021



Die Inspektionen der Gewerkschaften wirken: Auf den Stadionbaustellen steigt die Arbeitssicherheit, die Löhne werden bezahlt. Von 2017 bis 2021 kommt es laut der BHI und dem Supreme Committee beim Stadionbau zu 3 tödlichen Arbeitsunfällen, 34 weitere Stadionarbeiter sterben abseits der Baustelle. Ausserhalb der WM-Baustellen bleibt die Situation prekär, trotz ersten tiefgreifenden Veränderungen des Arbeitsrechts. Viele Reformen existieren erst auf Papier.

FOTOS: GETTY/KEystone (2)/OMAR CHATRAWALA/EW

Generalstreik in Belgien
Rien ne va plus!

Nichts geht mehr! Am 9. November legt ein Generalstreik in Belgien einen Grossteil der Wirtschaft lahm. Der öffentliche Verkehr steht still, ebenso die Häfen. Streikposten stehen vor Shoppingcentern, wo ausser den Chefs niemand arbeitet. Industrieunterneh-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

men wie Arcelor Mittal sind blockiert. In den Spitälern garantieren die Pflegenden nur noch einen Minimaldienst.

PREIS-EXPLOSIONEN. Die Gewerkschaften griffen zu ihrem stärksten Hebel – dem Generalstreik – wegen des galoppierenden Kaufkraftverlusts. Der Index der Preisentwicklung steht in Belgien bei 12 Prozent. Aber darin spiegeln sich explodierende Energiepreise nur zum Teil. Für kleine

Einkommen verteuern sich Gas, Strom und Heizung überproportional. Deshalb verlangen die Gewerkschaften einen Preisdeckel für Energie. Und eine Sondersteuer für die Profiteure der Energiekrise.

Schon längere Zeit verlieren die Löhne in Belgien an Wert. Zwar gibt es einen allgemeinen Teuerungsausgleich. Aber dieser hinkt der Inflation hinterher. Die Regierung will den Ausgleich jetzt gar aussetzen, da es sich um «ausserordentliche» Teuerung handle. Schlimmer noch: Die belgischen Löhne sind seit Jahren zurückgeblieben, denn ein Knebelgesetz deckelt seit 2009 die Realloohnerhöhungen. Deshalb mussten die Belgierinnen und Belgier in den letzten Jahren Reallohnverluste hinnehmen, während in den Nachbarländern die Löhne leicht stiegen. Dagegen kämpfen die Gewerkschaften mit dem Generalstreik an.

HERVORRAGEND. Es ist ein seltenes Ereignis in Europa. Nur in wenigen Ländern sind die Gewerkschaften in der Lage, einen branchenübergreifenden Streik in die Tat umzusetzen. Denn dazu braucht es Abertausende Vertrauensleute, welche die Aktion in den Betrieben vorbereiten und am Streiktag vor den Unternehmenstoren stehen. Neben Italien und Spanien sind die Belgierinnen und Belgier fast die einzigen, die das schaffen.

Belgiens Gewerkschaften gehören zu den bestorganisierten: Jede zweite Beschäftigte ist Mitglied – bei uns nur jeder sechste. Zwei grosse Gewerkschaftsbünde, die sozialistische Fédération Générale du Travail de Belgique (FGTB) und die Confédération des Syndicats Chrétiens (CSC) wetteifern um Mitglieder. Beide sind von Frauen geführt. Statt gegeneinander kämpfen sie meist miteinander. So wie am 9. November.



Protestwelle auf dem Bau

Im Oktober und November standen viele Baustellen in der ganzen Schweiz still. Die Bauarbeiter wehrten sich gegen üble Verschlechterungen in ihrem LHM. Wir waren an den Bauprotesten dabei. Videos und Einzeldrucke gibt's unter: unia.ch/lmv2022



Neoliberale Angriffe gebremst, aber (noch) nicht gestoppt
Gewerkschaftliche Erfolge dank erfolgreicher Mobilisierung in der Schweiz

Die Linke hat den neoliberalen Umbau der Schweiz erfolgreich gebremst. Die grosse Herausforderung bleibt die Herstellung sozialer Gerechtigkeit.

PHILIPP MÜLLER

«Hard Times» heisst ein prägendes Buch über die Auswirkungen der grossen Depression der 1930er Jahre, der bisher tiefsten Krise des Kapitalismus, auf die Bevölkerung der USA. Auch heute befinden wir uns wiederum in harten Zeiten. Dass sich der Ausbruch von Pandemien, Krisen und Kriegen auf einen Zeitraum von weniger als drei Jahren konzentriert, war letztes Mal vor über 100 Jahren, zwischen 1918 und 1921, der Fall.

Beim Versuch, dieser ausserordentlichen Situation und ihren oft existenzbedrohenden Auswirkungen auf die soziale und wirtschaftliche Realität eines grossen Teils der Bevölkerung in Europa und der Welt angemessen zu begegnen, kommt dem Staat eine zentrale Rolle zu.

Um die Lage in der Schweiz richtig einzuschätzen, ist es nützlich, eine in der Linken verbreitete Überzeugung zu hinterfragen, die besagt, dass unser Land seit mehreren Jahrzehnten immer stärker durch den Neoliberalismus geprägt sei. Das Bild ist tatsächlich vielschichtig. Dank Referenden der Linken und der Gewerkschaften zur Abwehr neoliberaler Attacken auf die Errungenschaften der Nachkriegszeit ist die Schweiz heute in einigen Bereichen recht gut aufgestellt. In anderen Bereichen bleibt die Gefahr eines ideologisch geprägten Blindflugs des Bürgerblocks jedoch weiterhin gross.



Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitspolitik leistet. Der Artikel von Philipp Müller erschien zuerst in der Denknetz-Zeitung (denknetz.ch) und steht hier in einer leicht bearbeiteten Fassung.

THESE 1
Das Verhältnis der Schweiz zum Neoliberalismus: Wir bleiben beim Service public.

Die Frontalangriffe auf den Service public durch die Verfechterinnen und Verfechter der neoliberalen Dogmen aus breiten Kreisen des Bürgerblocks verfehlten ihre Ziele weitgehend. Dabei war die Linke zentral. Resultat: Die Rolle des Staates hat sich in wichtigen Bereichen des Service public seit den 1990er Jahren im Vergleich mit einem Grossteil der europäischen Länder konsolidiert.

THESE 2
Herstellung von sozialer Gerechtigkeit: Die Ungleichheit nimmt zu.

Die Umverteilung des Reichtums und der Kampf gegen die Angriffe auf den Steuerstaat bleiben eine grosse Herausforderung für die Linke. Die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung nimmt ständig zu, und die «Politik der leeren Kassen» prägt die Fiskalpolitik stark. Trotz dieser Grundtendenz konnte die Schweizer Linke aber auch wichtige und zukunftsweisende Erfolge feiern.

ALTERNATIVE ZUM NEOLIBERALISMUS
Im Hinblick auf das Verhältnis der Schweiz zum Neoliberalismus kann man eine einfache Geschichte erzählen. Diese Geschichte besagt, dass die moderne Schweiz seit ihrer Geburt im Jahr 1848 ein «Champion des Liberalismus» sei – insbesondere in ihrer Aussenwirtschafts- und in ihrer Arbeitsmarktpolitik. Dass sich die «Mont Pèlerin Society» als ideologische Speerspitze der internationalen neoliberalen Eliten gegen Sozialismus, Sozialdemokratie und Keynesianismus nicht aus Zufall unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs am Ufer des Genfersee konstituiert habe. Und dass der Kampf der FDP ab Ende der 1970er Jahre und später auch der SVP für «weniger Staat», der den Neoliberalismus dauerhaft in der politischen Arena der Schweiz plazierte, die natürliche Folge einer neoliberalen Vorveranlagung unseres Landes war.

Diese Geschichte erinnert weiter an die zwei Weissbücher «Schweizerische Wirtschaftspolitik im internationalen Wettbewerb» (1991) und «Mut zum Aufbruch»

(1995). Diese wurden von der Führung des Bürgerblocks zu Beginn der 1990er Jahre als Masterplan für die neoliberale Umgestaltung der Schweiz offensiv und arrogant in den Raum gestellt. Danach machten sich diese Kreise dann an seine Umsetzung: Liberalisierung und Privatisierung des Service public, Zertrümmerung des Sozialstaats, Primat des Finanzplatzes vor dem Werkplatz Schweiz, Aufkündigung der Sozialpartnerschaft. Der 2001 gegründete Think-Tank Avenir Suisse lieferte die mediale und intellektuelle Muni-

Der Hauptgrund für die erfolgreiche Abwehr neoliberaler Angriffe liegt in der regelmässigen und erfolgreichen Ergreifung des Referendums durch die Linke.

tion für die Verfechtenden der neoliberalen Wende in der Schweiz.

Das ideologische Gerüst des politökonomischen Denkens breiter Kreise des Bürgerblocks basiert tatsächlich auf diesen beiden Weissbüchern. FDP, SVP und ein beträchtlicher Teil der Mitte sowie die meisten Arbeitgeberverbände haben sich auch in den vergangenen 30 Jahren stark am oben skizzierten neoliberalen Programm orientiert. Ihre Behauptung: Ohne neoliberale Gegenreformen wird die Schweiz wirtschaftlich abgehängt, die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz empfindlich eingeschränkt und ihr Entwicklungspotential dauerhaft beschädigt.

WEGWEISENDE ABSTIMMUNG

Zu dieser Geschichte gibt es jedoch ein wichtiges Aber. Denn die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis hinsichtlich der Umsetzung der neoliberalen Agenda – auch im internationalen Vergleich – ist beträchtlich.

Der Hauptgrund für die erfolgreiche Abwehr der wichtigsten neoliberalen Angriffe liegt in der regelmässigen und erfolgreichen Ergreifung von Referenden durch die (bewegungs)politische und gewerkschaftliche Linke

in der Schweiz. Neben der Abwehr der Abbaupläne bei der Arbeitslosenversicherung, der privaten Altersvorsorge und – bis am vergangenen 25. September – in der AHV hat das erfolgreiche Referendum gegen das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) eine zentrale Rolle gespielt. Es führte sich am 22. September 2022 zum 20. Mal.

Im Rückblick hat sich diese gewonnene Abstimmung als wegweisend erwiesen. In weiten Teilen Europas reduzierten oft auch sozialdemokratisch geprägte Regierungen die Regulierung des Service public und die Bemühungen, Unternehmen im Bereich der strategischen Infrastrukturen (Eisenbahn, Telekommunikation, Wasserversorgung, Energiewirtschaft, Strassennetz) in Staatsbesitz zu halten. Die Schweiz dagegen blieb da äusserst strukturskonservativ. Die SBB gehören immer noch zu 100 Prozent dem Bund. Der Versuch der damaligen Bundesräte Christoph Blocher (SVP) und Hans-Rudolf Merz (FDP), die Bundesmehrheit an der Swisscom zu verkaufen, scheiterte. Versuche in einzelnen Kantonen, die Kantonalkassen zu privatisieren, blieben erfolglos.

Und: Der Kapitalanteil der öffentlichen Hand – vor allem der Kantone – an den grossen Energieproduzenten hat sich seit 2002 markant verstärkt. Lange Zeit verfügten die Grossbanken UBS und Credit Suisse dank ihren Investitionsgesellschaften Motor Columbus und Elektrowatt über gewichtige Minderheitsbeteiligungen an systemrelevanten Stromproduzenten. Konkret: an den Vorgängern von Axpo und Alpiq. Nach der Niederlage beim EMG haben sich die Banken mit dem üblichen Slogan «Konzentration auf das Kerngeschäft» aus diesem Sektor gänzlich zurückgezogen.

All das ist aus Sicht der neoliberalen Hardliner selbstverständlich eine skandalöse Lästerei des Gottes «Markt». Fakt ist jedoch: Dank der Ausbremsung des neoliberalen Programms durch die politische Linke und die Gewerkschaften steht die Schweiz wirtschaftlich sehr gut da, ihre Wettbewerbsfähigkeit ist unbestritten und das Entwicklungspotential enorm.

Auf diese solide Grundlage kann die Schweiz bauen und der drohenden sozialen und wirtschaftlichen Krise mit einer gewissen Ruhe begegnen. Neben der massiven Erhöhung der Krankenkassenprämien ist die Explosion des Strompreises im Moment das akuteste Problem. Um dieser Entwicklung zu begegnen, braucht es einerseits Massnahmen zum

Schutz der Kaufkraft für die Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen. Entweder direkt durch den Staat oder durch die Umverteilung der Gewinne der schweizerischen Elektrizitätsgiganten. Andererseits sollten Schritte in Richtung einer Re-Regulierung des Marktes für Grosskonsumenten eingeleitet werden. Diese liessen sich von kurzfristigen Einsparungen der Energiekosten blenden und bezahlen heute dafür einen hohen Preis. Und schliesslich kann sich die Linke für umfangreiche Mehrinvestitionen in erneuerbare Energien durch die Stromproduzenten im Staatsbesitz einsetzen. Damit dies gelingt, braucht es den entsprechenden Druck auf die bürgerlich dominierten Kantonsregierungen, welche die Eigentümerstrategie festlegen.

ZENTRALE HERAUSFORDERUNG

Die Schweiz ist und bleibt ein Land mit einer skandalös ungerechten Vermögensverteilung. In den letzten Jahren hat sich die Schere zwischen oberen und unteren Lohneinkommen wieder markant geöffnet. Dies, während das verfügbare Einkommen der Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen aufgrund der Explosion der Krankenkassenprämien und der Mietsteigerungen abnahm. Die staatlichen Kompensationsmassnahmen sind in den meisten Landesteilen völlig ungenügend.

Hier hat der Neoliberalismus die historische Grundtendenz der Schweiz verstärkt,

In weiten Teilen Europas reduzierten Regierungen die Regulierung des Service public. Anders die Schweiz. Die SBB gehören immer noch zu 100 Prozent dem Bund.

den Steuerstaat schwachzuhalten und die Umverteilung über fiskalpolitische Instrumente zu verumöglichen. Auf Bundesebene und in vielen Kantonen wurde und wird durch den Bürgerblock eine «Politik der leeren Kassen» durchgesetzt. Auch wenn die politische Linke, die Gewerkschaften und progressive Kräfte der gesellschaftlichen Mitte



KORRUPTION TÖTET

Der luxuriöse Privatjet hob in Zürich ab. An Bord: fünf elegant gekleidete Herren aus Zug. Das Ziel ihrer Reise war Juba am Weissen Nil, die Hauptstadt der soeben erstandenen Republik Südsudan. Mit den Herren des weltgrössten Erdöl-, Gas- und Mineralienspekulanten Glencore reisten auch ein paar Dutzend schwarzer Aktenkoffer, gefüllt mit Bündeln von Geldscheinen, insgesamt 800 000 Dollar.

Der britische Richter stellte nüchtern fest, dass «Korruption das Geschäftsmodell von Glencore» sei.

315 MILLIONEN BUSSE. Es war Juli 2011, kurz nach der Proklamation der Unabhängigkeit des Südsudan. Die Herren aus Zug wollten möglichst billig Erdöl kaufen. Die Aktenkoffer enthielten das Korruptionsgeld für den südsudanesischen Präsidenten und seine Komplizen. Das britische «Serious Fraud Office», eine Strafverfolgungsbehörde für schwere Betrugsdelikte, hat die Südsudan-Operation des Konzerns untersucht. Dafür wurde er am 3. November zu einer Busse von insgesamt 315 Millionen Franken verurteilt. Die Zuger Firma hatte die Anklagepunkte gestanden und war einer noch höheren Busse entkommen. Nach dem britischen Urteil veröffentlichte die Glencore-Direktion ein erstaunliches Communiqué, aus dem die Genfer Zeitung «Le Temps» (4. 11.) zitierte: «Unser Verhalten ist unentschuldigbar und hat künftig keinen Platz mehr in unserer Geschäftsstrategie.» Allerdings hatte der Zuger Konzern in der Vergangenheit immer wieder solche bewegenden Schuldbekenntnisse veröffentlicht. Peter Fraser, der Richter, der die britische Untersuchung geleitet hat, stellte denn auch nüchtern fest, dass «Korruption das Geschäftsmodell von Glencore» sei.

MASSAKER MITFINANZIERT. Der Südsudan ist dafür ein tragisches Beispiel. Das Land ist hervorgegangen aus dem längsten Befreiungskampf Afrikas. Seit 1955 kämpften die Völker der Region des oberen Nil – die Dinka, Nuer und Schilluk – gegen die Armeen des arabisch-islamischen Nordens. Kaum befreit, stürzte der 12 Millionen Menschen starke Südsudan in einen furchterlichen Bürgerkrieg. Staatspräsident Salva Kiir, ein Dinka, verfolgte die Angehörigen der Nuer, die von Vizepräsident Riek Machar geführt wurden. Seit der Unabhängigkeit starben Zehntausende. Viele verhungerten, andere wurden von Mörderbanden umgebracht. Glencores Bestechungsgelder an Kiir halfen, die Massaker zu finanzieren.

Nach Ansicht der Wirtschaftsagentur Bloomberg können die Bussen Glencore nichts anhaben: «Im vergangenen ersten Halbjahr hat der Konzern einen Gewinn von 18,9 Milliarden Dollar gemacht, den höchsten Gewinn seiner ganzen Geschichte. Er hat an sein Aktionariat in diesem Zeitraum 4,5 Milliarden Dollar verteilt.» Was ist zu tun? In der Schweiz wurde die Konzernverantwortungsinitiative vom Volk angenommen, sie verfehlte aber das Ständemehr. Bundesrätin Karin Keller-Sutter hatte die Initiative bekämpft. Sie versprach jedoch, ein Bundesgesetz vorzulegen, sobald die EU ein eigenes Gesetz formuliert habe. Das EU-Gesetz besteht mittlerweile. Der Bundesrat tut aber nichts. Eine Petition von Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Kirchen verlangt nun dringend die Ausarbeitung des Gesetzes, das die Konzerndelikte verhindern soll.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrats und Autor. Sein im letzten Jahr im Verlag Bertelsmann (München) erscheinendes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.



Energiepolitisches Chaos: Wir brauchen eine Strom-Neat zwischen Bickigen BE und Pallanzeno IT

Die Schweiz ist die Stromdreh-scheibe Europas. Doch das Schweizer Stromnetz ist verlottert. Wir können bereits heute in Spitzenzeiten nicht allen Strom aus dem Wallis ins Mittelland oder nach Italien abtransportieren. Deshalb müssen wir die Stromleitungen dringend in den Boden verlegen. Um den Strom dank Gleichstromleitungen mit weniger Verlusten zu transportieren.

Die Schweiz hat im Sommer zu viel Strom. Und im Winter zu wenig. Deshalb müssen wir sinnvollerweise bis 2035 drei Probleme lösen: Erstens das Winterloch stopfen. Zweitens genügend Strom für Elektroautos und Luft-Wasserwärmepumpen zur Verfügung stellen. Und drittens die bestehenden Atomkraftwerke vom Netz nehmen.

Und dafür brauchen wir in Etappen 25 Milliarden Kilowattstunden Winterstrom zusätzlich. Zwei Fragen stellen sich: Soll sich die Schweiz in Krisen autark versorgen können? Und müssen wir den Stromhandel mit dem Ausland einstellen?

NIEMAND ZUSTÄNDIG. Es ist von Vorteil, wenn wir uns autark versorgen können. Für den Fall, dass es einmal wirklich kritisch wird. Das ist kein Problem, weil in der Schweiz Notstromaggregate mit einer Leistung von 4000 Megawatt installiert sind. Das entspricht der Leistung von vier Atomkraftwerken. Wir können und müssen diese Notnägeln mit Luftfiltern versehen. Das ist



STROM UNTER BODEN: Stromleitungen durch unterirdische Tunnels zu verlegen ist die schlaue Alternative zu oberirdischen Hochspannungsleitungen. FOTO: ENERGIAPLUS

heute in der Regel noch nicht der Fall. Und wir müssen die Notstromaggregate im Fall der Fälle mit synthetischem Diesel laufen lassen, sobald dies möglich sein wird.

Noch haben wir in der Schweiz in der Energiepolitik ein perfektes Chaos. Zwar wurden keine Stromunternehmen privatisiert. Aber sie wurden entpolitisiert. Konkreter: Die

Kantone Zürich und Aargau sind zwar die Mehrheitsakti-näre des Energieriesen Axpo. Ihre Kantonsregierungen und -parlamente haben aber keinen blassen Schimmer davon, was ihre Axpo so treibt. 1000 Axpo-Trader sitzen vor ihren Bildschirmen und schliessen irgendwelche Stromverträge ab. Einige von ihnen sitzen sogar in Singapur. Und auch die acht Axpo-

Verwaltungsräte und die eine Verwaltungsrätin wissen nicht, was wirklich läuft. Mit ihren Spekulationen habe die Axpo acht Milliarden Franken in den Sand gesetzt. Davon geht der St. Galler Professor Karl Frauendorfer aus. Deshalb lege der Energieriese die Karten bisher nicht auf den Tisch. Dies etwa im Gegensatz zu den Unternehmen Alpiq und BKW.

Das Axpo-Management vertritt zudem seit Jahr und Tag den Standpunkt, dass parastaatliche Unternehmen wie die Axpo nicht für die Stromversorgung der Schweiz zuständig seien. Die Logik: Im Tollhaus Schweiz ist also niemand für nichts zuständig. Eigentlich würde es eine parlamentarische Untersuchungskommission, eine PUK, brauchen, die die jüngste Vergangenheit der Schweizer Energiepolitik aufarbeitet.

KEIN STROMABKOMMEN. Die Schweiz ist noch immer die Stromdreh-scheibe Europas. An 44 Punkten sind wir mit dem europäischen Stromnetz verbunden. Doch ohne Rahmenabkommen mit der EU gibt es bis auf weiteres kein Stromabkommen.

Das Schweizer Stromnetz ist verlottert. So können wir bereits heute in Spitzenzeiten nicht allen Strom aus dem Wallis ins Mittelland oder nach Italien abtransportieren. Und dies auch, nachdem das Pumpspeicherwerk Nant de Drance in den Walliser Alpen an das Netz gegangen ist. Darum erhöhte der Bundesrat mit Notrecht die Leistung der Gemmi-Leitung von 220 Kilovolt auf 380 Kilovolt. Dies führt allerdings zu grösseren Strom-

verlusten und wegen der Über-schreitung der Grenzwerte zur Verstrahlung der Bevölkerung in Leukerbad und im Berner Oberland.

UNTERIRDISCH. Fehler kann und muss man korrigieren. Wir brauchen in einem ersten Schritt unter anderem eine Strom-Neat zwischen dem Umspannwerk Bickigen BE und Oberitalien. Eine Leitung, die Bickigen über Chippis VS mit Ackersand und Mörel im Wallis und Pallanzeno in der italienischen Region Piemont verbindet. Zwei Fragen stehen dabei im Zentrum:

Erstens: Wollen wir die neuen Hochspannungsleitungen oberirdisch oder unterirdisch bauen? Die vernünftigste Antwort lautet: Nur mit Mikrotunnels, in denen Leitungen verlegt werden, können wir den Rückstand der Schweiz auf die Marschtabelle des ökologischen Umbaus aufholen. Alle Gemeinden und Privaten würden noch so gerne auf Einsparungen verzichten.

Zweitens: Wollen wir mit Wechselstrom oder mit Gleichstrom arbeiten? Antwort: Dank Gleichstromleitungen werden die Energieverluste viel kleiner. Deshalb müssen wir auf diese Technologie umsteigen. Dies auch wegen der höheren Strompreise, die das Energiesparen attraktiver machen.

Bei erdverlegten Gleichstromleitungen sind die jährlichen Betriebskosten einschliesslich Amortisation und Verzinsung des Hochspannungsnetzes absehbar weit günstiger als der Bau neuer oberirdischer Hochspannungsleitungen, die erst noch nicht schnell genug realisiert werden können.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/hochspannung
Der Walliser SP-Nationalrat Emmanuel Amos ist der neue Präsident der Vereinigung «Hochspannung unter den Boden». Vizepräsident ist der unermüdliche Atomgegner und Energieingenieur Heini Glauser. Sie bekommen dank den geplanten alpinen Solaranlagen eine neue Chance.

● rebrand.ly/solar-parks
Jetzt geraten sich die Alpenkantone Wallis und Graubünden in die Haare, wer schneller alpine Solaranlagen an das Netz bringen darf. Erfreulich: Das Potential der Alpen reicht aus, um 20 Milliarden Terawattstunden Winterstrom zu produzieren. Unbedingt lesen!

● rebrand.ly/axpo-verteidiger
Der grüne Zürcher Regierungsrat Martin Neukom verteidigt die Axpo, ohne dass er einen Überblick über ihre Tätigkeit hat.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERTAT

«Eine erstaunliche, sehenswerte Fabel über den Kapitalismus.»
LE MONDE

«Etwas vom Besten, was der europäische Film aktuell zu bieten hat.»
TAZ – DIE TAGESZEITUNG

«Der Film legt nahe, dass eine andere Ordnung möglich sein könnte.»
THE ECONOMIST

«Wunderbarer Sprachwitz, maximal entschleunigt.»
NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Beste Regie Encounters 72
Internationale Filmfestspiele Berlin

Official Selection
tiff
Toronto International Film Festival 2022

New York Film Festival 60

Unruhe

Ein Film von Cyril Schäublin
(«Dene vos guet geit»)

FILM COOP

JETZT IM KINO

Vor 90 Jahren töteten Soldaten in Genf 13 Antifaschisten Um 21.34 Uhr kam der Schiessbefehl

Der Protest von 8000 Genfer Linken gegen eine faschistische Provokation endete im Sperrfeuer von Schweizer Soldaten. Mit Nachwirkungen bis heute.

MICHAEL STÖTZEL
Georges Oltramare, der Führer der faschistischen Union Nationale in Genf, hatte die Ermordung seiner linken Feinde Jahre zuvor bereits angekündigt. Am 9. November 1932 kam es zum Eclat. An diesem Tag veranstaltete er im Gemeindesaal von Plainpalais eine «öffentliche Anklage» gegen Léon Nicole und Jacques Dicker, zwei Exponenten der Sozialistischen Partei. Für Oltramare und seine Gefolgsleute waren das «Umstürzler» und «Vaterlandsverräter». Die Linke hatte vom Staatsrat gefordert, das Tribunal der Faschisten zu verbieten. Vergeblich. Die bürgerlichen Parteien beriefen sich auf die Versammlungsfreiheit.

OHNE VORWARNUNG
Daraufhin versammelten sich vor dem Saal 8000 Demonstrantinnen und Demonstranten des gesamten linken Spektrums. Sozialdemokraten, Gewerkschafterinnen, Anarchisten, sogar Mitglieder der kleinen Kommunistischen Partei waren dabei. Ihnen gegenüber hatten 600 Soldaten Stellung bezogen. Gerade sechs Wochen in der Infanterierekrutenschule von Lausanne stationiert, wurden sie an diesem Tag nach Genf geschickt, um, wie ihnen gesagt wurde, die Revolution zu verhindern. Die Kantonsregierung hatte die Unterstützung der Armee angefordert, weil Auseinandersetzungen absehbar waren. Angeblich wurden die Soldaten schon bei ihrem Aufmarsch angepöbelt, angeblich wurde ihre Stellung bedrängt, und angeblich wurden einige von Demonstrierenden entwapnet. Nach einer flammenden Rede des SPlers Nicole gab Oberleutnant



«Nie wieder»: 1000 an Gedenkdemo



Die Genfer Blutnacht bewegt noch heute. Unter dem Motto «Nie wieder» zogen am 12. November tausend Personen durch die Rhonestadt. Aufgerufen hatten der Kantonale Gewerkschaftsbund, die Antifaschistische Aktion Genf, die Gruppe Schweiz ohne Armee sowie sämtliche lokalen Linksparteien. (jok)

Raymond Burnat um 21.34 Uhr ohne Vorwarnung den Schiessbefehl. Dreizehn Sekunden Sperrfeuer. Dann war die Menge auseinandergefallen. Zurück blieben 10 Tote, darunter Henri Fürst, der Präsident der Genfer KP, und über 60 Angeschossene, von denen 3 später an ihren Verletzungen starben.

TRONCHETS AKTIONSLIGA
In der gleichen Nacht zogen Gruppen der in Genf starken Anarchisten um Lucien Tronchet, den Präsidenten der Baugewerkschaft, durch die Strassen und verbreiteten die Nachricht von der Ermordung ihrer Ge-

TÖDLICHE BEGEGNUNG: Am 9. November 1932 blockierten Soldaten in Genf eine antifaschistische Demonstration – kurz darauf fallen Schüsse. FOTO: KEYSTONE

nossen. Tronchet hatte Popularität unter den Arbeiterinnen und Arbeitern der Stadt gewonnen, weil er mit einem 15tägigen Streik einen Gesamtarbeitsvertrag für den Bau erstritten hatte und mit seiner «Aktionsliga» für die Einhaltung des vertraglich vereinbarten Arbeitsverbots am Samstag sorgte. Sie schlossen Baustellen und rissen alles ein, was an diesem Tag errichtet worden war. Schon zuvor waren sie laufend in Strassenkämpfe mit den Faschisten verwickelt gewesen. Diese Spannungen explodierten am 9. November.

«REVOLUTIONSKÖCHE»
Tags darauf setzte sich Tronchet nach Frankreich ab. Léon Nicole und andere linke Funktionäre wurden verhaftet. Der angereiste katholisch-konservative Bundespräsident Giuseppe Motta, ein Anhänger des faschistischen italienischen Diktators Benito Mussolini, erklärte, die «Revolutionköche» der Linken seien allein für die Toten verantwortlich. Und die Armee habe die Ordnung wiederhergestellt. Alle Demonstrationen wurden verboten, öffentliche Gebäude von Soldaten bewacht. Zeitungen

phantasierten über einen geplanten Umsturzversuch der Linken, die zuerst zu Gewalt gegriffen hätten. Die Soldaten hätten nur ihre Pflicht getan. So sah auch die Armee keinen Grund, gegen die beteiligten Offiziere vorzugehen. Im Mai 1933 wurden 18 Demonstranten von Plainpalais als Anstifter des Aufruhrs vor Gericht gestellt, 6 von ihnen wurden zu vier Monaten Haft, Léon Nicole zu sechs Monaten verurteilt.
Fünfzig Jahre danach, am 9. November 1989, stellten Genfer Bauarbeiter in Plainpalais einen fünf Tonnen schweren Gedenkstein mit der Inschrift «Nie wieder» auf. Er wurde nachträglich von der Stadt bewilligt. Und 2018 initiierte der Genfer Kantonsrat eine Standesinitiative zur Rehabilitierung der 1933 verurteilten Demonstranten. Denn sie seien Freiheitskämpfer gegen den Faschismus gewesen. Doch der Ständerat und ein Jahr später auch der Nationalrat lehnten die Initiative ab. Begründung jeweils: Die Politik dürfe sich nicht in die Justiz einmischen und müsse die Gewaltenteilung achten. Zudem seien die Demonstranten rechtsstaatlich korrekt verurteilt worden.

16-Tage-Kampagne Femizide im Fokus

Gewalt gegen Frauen wird auch heute noch häufig verharmlost und tabuisiert – auch in der Schweiz. Ändern will das die Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen». Sie beginnt immer am 25. November, dem internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, und endet am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte. Dazwischen gibt es landesweit Vorträge, Workshops, Ausstellungen und einen bunten Strauss an Aktionen. Das diesjährige Schwerpunktthema sind Femizide, also Morde an Frauen, weil sie Frauen sind. In der Schweiz passiert ein solcher alle zwei Wochen: 2021 wurden in der Schweiz 20 Frauen und Mädchen durch häusliche Gewalt getötet.

Ein informatives **Faktenblatt Femizid** sowie das Kampagnenprogramm gibt's unter **16tage.ch**.

Chile-Doku Ein Land im Aufbruch

Im Herbst 2019 führt die Erhöhung der Metropreise in Santiago de Chile zu heftigen Sozialprotesten. An der grössten Demo, die Chile je gesehen hat, beteiligen sich 1,2 Millionen Menschen. Sie wollen mehr Demokratie, ein ge-



HISTORISCH: Hundertertausende gingen 2019 gegen Chiles rechte Regierung auf die Strasse. FOTO: ZVG

rechtes Bildungs- und Gesundheitssystem, eine neue Verfassung. Der rechte Präsident und Milliardär Sebastián Piñera schickt das Militär. Über tausend Personen werden verletzt, neunzehn getötet. Doch der Volksaufstand siegt wenigstens teilweise. All das hat der preisgekrönte Dokumentarfilmer Patricio Guzmán mit der Kamera festgehalten. Entstanden ist ein mitreissendes Zeitdokument. Hühnerhaut garantiert!

Mi país imaginario von Patricio Guzmán, Chile 2022, 83 min. Noch wenige Tage im Kellerkino, Kramgasse 26, Bern. Danach als Stream auf **cinéfile.ch**.

Staat im Staat Projekt Privatstadt

Mit Honduras haben sich rechtslibertäre Ideologen eines der ärmsten Länder ausgesucht, um ihren Traum zu realisieren: die Schaffung von Privatstädten. 2013 liessen sie die Korken knallen. Denn das honduranische Parlament änderte die Verfassung und erlaubte Sonderzonen, in denen die Landesgesetze nur sehr beschränkt gelten. Das soll die Wirtschaft ankurbeln und internationale Investoren anlocken. Worum es dabei wirklich geht, zeigt der Soziologe Andreas Kemper in seinem neuen Buch «Privatstädte»: um einen komplett entfesselten Kapitalismus und die Abschaffung der Demokratie.

Andreas Kemper: **Privatstädte. Labore für einen neuen Manchesterkapitalismus.** Unrast Verlag, Münster 2022, 150 Seiten, Fr. 24.–.

work1xl der wirtschaft

David Gallusser



FIRMEN PROFITIEREN VON FEHLENDER LOHNTRANSPARENZ

Die Chefs wissen besser über Löhne Bescheid als die Beschäftigten. Sie zahlen die Löhne aus. Sie wissen, wer im Betrieb wie viel verdient. Die wenigsten Beschäftigten kennen umgekehrt den Lohn ihrer Kolleginnen und Kollegen. Der Wissensvorsprung reicht über den Betrieb hinaus. Viele Firmen sind darüber im Bild, was die Konkurrenz zahlt. Unterstützung bekommen sie von Beratungsfirmen. Die Landolt & Mächler Consultants AG ist eine solche Beraterin, die unter anderem in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie Löhne bei den Firmen erhebt und im Gegenzug die HR-Verantwortlichen über die Löhne der Konkurrenz informiert.

VERDECKTE KARTEN. Die Chefs nutzen Landolt & Mächler oft als Argument, um Lohnforderungen ihrer Beschäftigten als «zu hoch» abzulehnen. Umgekehrt können Lohnvergleiche tiefe Löhne auch verhindern, wenn Arbeitgeber wissen, dass die Konkurrenz besser zahlt. Das Problem dabei: Die Chefs spielen nicht mit offenen

Karten. Solange die Beschäftigten keine Einsicht in die Vergleichszahlen haben, können Firmen immer noch schlechtere Löhne offerieren als andere Unternehmen – in der Hoffnung, die Beschäftigten fänden sich damit ab. Diese Hoffnung ist nicht unbegründet. Wie eine neue Studie* zeigt, unterschätzt in Deutschland eine Mehrheit der Arbeitenden den mittleren Lohn in ihrem Beruf. Trotzdem meinen viele, einen mittleren Lohn zu verdienen. Die Beschäftigten gehen oft irrtümlich davon aus, dass sie bei einem anderen Arbeitgeber nicht besser bezahlt würden. Die Studie schätzt, dass rund 1 von 10 Angestellten die Stelle wechseln würde, wäre sie oder er über die Gehaltsmöglichkeiten besser im Bild. Weil sie es nicht sind, werden weiter tiefe Löhne bezahlt. Die Firmen bereichern sich so am Nichtwissen ihrer Beschäftigten.

GEMEINSAM VERHANDELN. Für bessere Löhne braucht es mehr Transparenz. Einen Beitrag dazu leisten die

Übliche Löhne in der Schweizer MEM-Industrie						
im Jahr 2018, Jahresbruttolöhne in einer Vollzeitstelle (40-Stunden-Woche) in Franken, inkl. 13. Monatslohn, evtl. Bonus, Erschwerniszulagen (z. B. für Schicht). Tiefere Löhne pink, höhere Löhne blau markiert.						
	Ohne Lehre, ohne Erfahrung	Ohne Lehre, mit Erfahrung	Lehre, wenig Erfahrung	Lehre, mit Erfahrung	Höhere Fachschule (HF)	HF/Lehre mit Führungsaufgaben
Konstruktion			61 020	81 672	87 240	88 740
Logistik		66 456	58 308	69 096	77 856	
Mechanik		67 788	59 196	74 976	80 484	79 296
Elektronik, Automatik		65 712	59 148	71 964	80 448	
Anlagen-/Maschinenführung		63 144	60 108	73 440		
Hilfsarbeit	51 912	57 144				

QUELLE: AUSWERTUNG SGB DER LOHNSTRUKTURERHEBUNG 2018 DES BfS

Schweizer Gewerkschaften mit der Website **lohnrechner.ch**. Hier können Beschäftigte den üblichen Lohn für ihr Berufsprofil berechnen. Doch auch gut informierte Beschäftigte können von den Chefs gegeneinander ausgespielt werden. Die besten Löhne gibt es deshalb, wenn alle gemeinsam in

einer Gewerkschaft verhandeln – und nicht, wenn jede und jeder nur für sich selbst den besten Abschluss sucht.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

* Jäger, Roth, Rousille & Schoefer (2021): Worker Beliefs About Outside Options.



Das offene Ohr

Regula Dick
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Verzichtserklärung: Ist sie für alle Ansprüche bindend?

Ich war bis vor einem halben Jahr als kaufmännische Angestellte in einem kleineren Familienunternehmen tätig. Wirtschaftlich ging es dem Unternehmen schon länger nicht mehr gut, und der Druck wurde immer grösser. Das Arbeitsklima wurde für mich unerträglich. Ich wollte nur noch weg und kündigte. Am letzten Tag musste ich ins Büro des Chefs. Zusammen mit dem Arbeitszeugnis wurde mir eine Saldoerklärung vorgelegt, in der ich bestätigte, dass mit der Zahlung des letzten Monatslohns alle meine Ansprüche beglichen seien. Der Chef gab mir



VORSICHT: Verzichtserklärungen sollten vor der Unterschrift genau durchgelesen und alle Fragen geklärt werden. FOTO: ISTOCK

zu verstehen, dass ich froh sein könne, dass er mir noch ein so gutes Arbeitszeugnis ausstelle, eigentlich entspreche das überhaupt nicht meinen Leistungen. Mir war die Situation sehr unangenehm. Ich wollte das Gespräch so schnell wie möglich beenden und habe die Saldoerklärung unterschrieben. Im nachhinein habe ich bemerkt, dass ich noch einen Feriensaldo von 1,5 Wochen habe. Kann ich diesen trotzdem noch verlangen?

REGULA DICK: Ja, diesen können Sie trotz Saldoerklärung noch nachfordern. Arbeitnehmende können während des Arbeitsverhältnisses und eines Monats danach auf unabdingbare Forderungen, die ihnen aufgrund von Gesetz oder Gesamtarbeitsvertrag zustehen, nicht verzichten. Der Ferienanspruch gehört zu diesen Bestimmungen, ebenso beispielsweise die Sperrfristen bei Krankheit oder Unfall. Die 1,5 Wochen Ferien muss Ihnen somit der Arbeitgeber ausbezahlen. Etwas anderes könnte nur gelten, wenn für den Verzicht auf den Anspruch eine gleichwertige Gegenleistung des Arbeitgebers erfolgt wäre, was bei Ihnen aber nicht der Fall ist.

Kündigungsfrist: Wird sie bei Krankheit verlängert?

Ich habe vor einem Monat mein Arbeitsverhältnis auf den 30. November gekündigt, weil ich auf den 1. Januar eine neue Stelle gefunden habe. Gemäss Vertrag habe ich eine Kündigungsfrist von einem Monat. Der Arbeitsort ist Bern. Ich habe mehr als drei Jahre für das Unternehmen gearbeitet. Im Arbeitsvertrag steht nichts zur Lohnfortzahlung bei Krankheit, und ich unterstehe auch keinem Gesamtarbeitsvertrag. Seit dem 11. November bin ich krank, und gemäss Arzt falle ich wohl etwa vier Wochen aus. Eine Krankentaggeldversicherung haben wir leider nicht. Ich habe gehört, dass die Erkrankung zur Verlängerung meiner Kündigungsfrist führe. Stimmt das, und bis wann erhalte ich Lohn?

REGULA DICK: Leider führt die Erkrankung während der Kündigungsfrist nur dann zu einer Verlängerung, wenn der Arbeitgeber gekündigt hat. Da Sie selber gekündigt haben, endet somit das Arbeitsverhältnis am 30. November. Sie haben während Ihrer Krankheit Anspruch auf Lohnfortzahlung gemäss Art. 324a OR. Da der Arbeitsort Bern war, ist die Berner Skala anwendbar. Diese gewährt im vierten Dienstjahr grundsätzlich Anspruch auf Lohnfortzahlung während zweier Monate. Diese Lohnfortzahlung endet aufgrund Ihrer Kündigung jedoch vorzeitig mit dem Ende des Arbeitsverhältnisses am 30. November.

Die Hinterlassenenrenten der AHV nach dem Diskriminierungsurteil des Europäischen Gerichtshofs

Witwe oder Witwer: Unterschiede bleiben

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat diesen Herbst ein Urteil gefällt: Die AHV diskriminiert Witwer. Diese hat mit kleinen Anpassungen reagiert. Was leistet die erste Säule für Hinterbliebene überhaupt, was ändert sich jetzt, und was bleibt gleich?

MARTIN JAKOB

Wird über die AHV politisiert, geht es meistens um die Altersrente. Begreiflich. Denn die finanzielle Sicherung des Alters ist ihre wichtigste Aufgabe. Rund 2,5 Millionen Menschen beziehen eine Altersrente der AHV. Doch die erste Säule richtet auch Leistungen aus, wenn ein Elternteil vor Erreichen des Rentenalters stirbt. Rund 200 000 Menschen beziehen zurzeit eine Waisen-, Witwen- oder Witwerrente der AHV.

Das Gesetzwerk der AHV ist noch ganz erfüllt vom einst klassischen Familienmodell: die Eltern verheiratet, der Mann arbeitet auswärts für Lohn, die Frau versorgt zu Hause kostenlos die Kinder. Nur in kleinen Schritten hat sich das Vorsorgewerk bisher neuen Realitäten angepasst. Was gilt nun aktuell für wen?

KINDER. Kinder erhalten eine Waisenrente, wenn ein Elternteil stirbt. Beim Tod beider Eltern werden zwei Renten ausbezahlt. Der Rentenanspruch erlischt mit dem 18. Geburtstag oder bei Ab-

WITWER-DISKRIMINIERUNG DER FALL, DAS URTEIL

Einem Schweizer Witwer, der seine Töchter nach dem Tod der Gattin allein aufzog und dazu Hausmann wurde, wurde die Witwerrente gestrichen, nachdem das jüngste Kind volljährig geworden war. Weil auch das Bundesgericht diese Verfügung für rechtens befunden hatte, klagte er am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Dieser entschied, die ungleiche Behandlung von Witwerinnen und Witvern verstosse gegen die Menschenrechte. Das definitive Urteil der Grossen Kammer des EGMR liegt seit dem 11. Oktober vor.

schluss der Ausbildung, spätestens aber mit dem 25. Geburtstag.

SINGLES. Für Menschen, die weder verheiratet sind oder waren noch Kinder haben, ist die Antwort einfach: Es sind keine anspruchsberechtigten Hinterbliebenen vorhanden. Achtung: Auch mit einem Konkubinatsvertrag können Paare bei der AHV kein Anrecht auf Witwen- oder Witwerrente erwirken. Dies im Unterschied zur Pensionskasse, deren Reglement eine Rente für Konkubinatspartnerinnen und -partner vorsehen kann (siehe Spalte rechts: «Noch mehr Schutz»).

EINGETRAGENE PARTNER. Stirbt der oder die Partnerin, hat der oder die Überlebende Anspruch auf eine Witwen- oder Witwerrente, wenn es sich um eine eingetragene Partnerschaft handelt. Aber nur, solange er oder sie Kinder unter 18 Jahren hat.

VERHEIRATETE MIT KINDERN. Hat eine verheiratete Frau zum Todeszeitpunkt ihres Ehepartners eines oder mehrere Kinder, hat sie eine Witwenrente zugute. Und zwar unabhängig davon, wie alt die Kinder sind. Die Witwenrente erhält sie auch, wenn sie mit einer Frau verheiratet war und mit dieser ein Kind aus künstlicher Befruchtung hatte.

Anders war es bisher bei verheirateten Männern: Nach dem Tod der Ehefrau erhielten sie nur so lange eine Witwerrente, bis das jüngste Kind das 18. Altersjahr erreicht hatte – danach war Schluss. Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshof (siehe «Der Fall, das Urteil») hat die AHV nun Übergangsregeln erlassen. Sie sind seit dem 11. Oktober gültig und bleiben in Kraft, bis die Gesetze angepasst werden. Neu erhalten Witwer eine Witwerrente über die Volljährigkeit der Kinder



WORKTIPP

WIE HOCH WIRD DIE RENTE?

Die Höhe der Hinterlassenenrente ergibt sich aus den geltenden Beträgen für die Altersrente: Die Witwen- oder Witwerrente beträgt 80 Prozent einer AHV-Altersrente, die Waisenrente 40 Prozent. Die Minimal- und Maximalbeträge 2023:

- **Altersrente:** 1225 bis 2450 Franken,
- **Witwen-/Witwerrente:** 980 bis 1960 Franken,
- **Waisenrente:** 490 bis 980 Franken.

Die Beträge gelten vorbehaltlich einer allfälligen Erhöhung durchs Parlament im Frühjahr 2023.

hinaus. Dies gilt für alle verwitweten Männer, deren Rente per 11. Oktober bereits ausbezahlt wurde oder die nach dem 11. Oktober verwitwen. Ausgenommen von der Neuerung sind Witwer, deren Verfügung zur Rentenaufhebung bereits vor dem 11. Oktober rechtskräftig geworden ist.

VERHEIRATETE OHNE KINDER. In diesem Fall wurden schon bisher und werden auch künftig Frauen und Männer ungleich behandelt – daran ändert auch das Ur-

teil des Europäischen Gerichtshofs nichts. Stirbt in einer kinderlosen Ehe der Mann, erhält seine Witwe eine Witwenrente, wenn sie zum Zeitpunkt des Todesfalls das 45. Altersjahr zurückgelegt hat und mindestens fünf Jahre verheiratet war. Das gleiche gilt für die Hinterbliebene in gleichgeschlechtlichen Ehen. Stirbt hingegen in der kinderlosen Ehe die Frau – oder in der gleichgeschlechtlichen Ehe zweier Männer der eine Mann –, erhält der Witwer keine Witwerrente.

GESCHIEDENE. Geschiedene Männer haben nur Anspruch auf eine Witwerrente, wenn sie aus der geschiedenen Ehe Kinder unter

18 Jahren haben. Geschiedene Frauen hingegen bekommen auch eine Witwerrente, wenn:

- ihre Kinder bereits volljährig sind und die Ehe mindestens zehn Jahre gedauert hat,
- sie zum Zeitpunkt der Scheidung älter als 45jährig waren und die Ehe mindestens zehn Jahre gedauert hat,
- sie älter als 45jährig waren, als das jüngste Kind das 18. Altersjahr erreicht hatte.

IN RENTE. Beim Anspruch auf Hinterlassenenleistungen ändert sich durch das Erreichen des Rentenalters grundsätzlich nichts: Die gleichen Voraussetzungen in Bezug auf Zivilstand, Geschlecht,

Alter und Kinder müssen erfüllt sein. Allerdings wird neu gerechnet. Hat jemand gleichzeitig eine Alters- und eine Hinterlassenenrente zugute, werden die beiden Ansprüche verglichen und die je-

Hatte ein Ehepaar keine Kinder, bleibt die Witwe bessergestellt.

weils höhere Rente ausbezahlt. Das ist entweder die eigene Altersrente plus Verwitwetenzuschlag von 20 Prozent oder die Hinterbliebenenrente. Die Rente steigt aber auf keinen Fall über die Maximalrente einer Einzelperson (2022: 2390 Franken).

BVG UND UVG

NOCH MEHR SCHUTZ

Neben der AHV enthalten zwei weitere wichtige Sozialversicherungswerke Leistungen für Hinterbliebene.

PENSIONS KASSE. Bei den Pensionskassen gelten ähnliche Regeln wie bei der AHV, allerdings mit einigen Unterschieden. Die wichtigsten:

- Witwe und Witwer sind – ob als hinterbliebene Ehepartner oder eingetragene Partner – gleichgestellt. Beide erhalten eine Rente, wenn sie für den Unterhalt eines Kindes aufkommen müssen oder wenn sie älter als 45 Jahre sind und die Ehe mindestens fünf Jahre gedauert hat.
- Versicherte können je nach Reglement ihrer Pensionskasse auch andere Personen als Begünstigte einer Hinterlassenenrente bestimmen. Das ist vor allem für Konkubinatspaare wichtig.

UNFALLVERSICHERUNG. Die Berufsunfallversicherung ist in der Schweiz ab der ersten Arbeitsstunde obligatorisch, die Nichtberufsunfallversicherung für alle, die acht oder mehr Stunden pro Woche arbeiten. Sie richtet im Todesfall der versicherten Person Waisenrenten aus sowie eine Hinterlassenenrente an den überlebenden Partner bzw. die überlebende Partnerin aus einer Ehe oder einer eingetragenen Partnerschaft, wobei die Witwe wie bei der AHV bessergestellt ist als der Witwer.

EMPFEHLUNG. Besonders für Paare, die im Konkubinats-, in eingetragener Partnerschaft oder ganz ohne vertragliche Bindung in eheähnlicher Gemeinschaft leben, lohnt sich die gründliche Abklärung der Absicherung im Todesfall eines Partners. Die Links zu den Gesetzen: **AHV:** rebrand.ly/workahv **BVG:** rebrand.ly/workbvg **UVG:** rebrand.ly/workuvg Prüfen Sie ausserdem das Reglement Ihrer Pensionskasse und private Versicherungspolice (jk)

saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



MEHR ANSCHLUSS: Mit dem USB-Hub passt jeder Stecker an Ihren Laptop. FOTO: DREAMSTIME

So wählen Sie den richtigen Hub für Ihren Laptop

Moderne Laptops verfügen meist nur über wenige Anschlüsse. Für die Verbindung mit dem Drucker, dem Fernseher oder der Kamera sind daher oft nicht genügend Möglichkeiten vorhanden. Praktisch sind dann USB-Hubs: kleine Boxen oder Leisten, die sich einfach an den Computer anschliessen lassen und zusätzliche Steckeranschlüsse bieten. Beim Kauf eines USB-Hubs sollten Sie aber einige Punkte beachten:

USB 3.0. Einige Hubs verfügen zum Beispiel noch immer über langsame USB-2.0-Anschlüsse. USB-3.0-Buchsen übertragen Daten deutlich schneller. Meistens erkennen Sie USB 3.0 am blauen Kunststoff in der Buchse.

USB C. Auch der kleinere USB-C-Anschluss sollte am Hub nicht fehlen. Denn immer mehr Geräte lassen sich nur noch damit verbinden.

HDMI. Wer seinen Laptop mit einem Beamer, Monitor oder Fernsehgerät verbinden will, braucht am Hub eine HDMI-Buchse, falls diese am Laptop fehlt. Sind Sie eine Hobbyfotografin oder ein Hobbyfotograf, ist ausserdem ein Einschub für die Speicherkarte sinnvoll. Damit können Sie Fotos und Videos einfach und schnell kopieren.

USB-Hubs lassen sich mit dem Laptop überallhin mitnehmen. Modelle mit wenigen Anschlüssen gibt es bereits ab 20 Franken. Solche mit mehr Anschlüssen ab rund 40 Franken. Die noch grösseren Varianten, die Dockingstationen, haben noch mehr Anschlussbuchsen und sind für den Heimbetrieb gedacht. Damit können Sie Ihren Laptop an einen externen Monitor samt Maus, Tastatur und Internetkabel anschliessen und ihn zu Hause wie einen Desktop-PC verwenden. Viele Stationen versorgen den Laptop zudem mit Strom. Grosse Dockingstationen mit Ladefunktion können 200 Franken oder mehr kosten.

MARC MAIR-NACK

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät

Was tun, wenn das Zeugnis schlecht ist?

Im Sommer habe ich meine Ausbildung zur Coiffeuse abgeschlossen. Ich habe ein schlechtes Arbeitszeugnis erhalten und vermute, es liegt daran, dass meine Chefin und ich kein gutes persönliches Verhältnis haben. Ich habe mir immer Mühe gegeben und mit bestem Wissen und Gewissen gearbeitet. Wie wehre ich mich?

« Grundsätzlich muss dein Arbeitszeugnis der Realität entsprechen. Es darf weder abwertende noch zweideutige Begriffe oder Botschaften enthalten. Angaben zu deiner Gesundheit, zu Absenzen oder deinem Privatleben sind ebenfalls verboten. Ich rate dir, als erstes ein Gespräch mit deiner Chefin zu suchen. Du kannst

von ihr verlangen, dass sie eine Korrektur vornimmt. Wenn sie sich weigert, kannst du dir eine Arbeitsbestätigung ausstellen lassen. Die Arbeitsbestätigung enthält nur Fakten ohne Bewertungen. Sie gilt wie ein Arbeitszeugnis als Nachweis für geleistete Arbeit. Wenn du Unterstützung brauchst, kannst du dich an die Unia in deiner Region wenden. Wir helfen dir, deine Rechte durchzusetzen. »

Hast auch du eine Frage an den Unia-Jugendsekretär? Schreib an lehre@unia.ch



Julius Kopp, Jugendsekretär.



FREI AN AUFFAHRT. Wann Feiertage arbeitsfrei sind, legen die Kantone fest. Auffahrt, Weihnachtstag und Neujahr sind gesamtschweizerisch frei. FOTO: 123RF

Frei an Feiertagen ist zwar schön. Doch wie sieht es mit dem Lohn aus?

Oft geht leer aus,

Wie beeinflussen Feiertage Ihren Lohn? Kommt drauf an – auf den Feiertag, auf Ihr Anstellungsverhältnis und auf Ihren Vertrag.

MARTIN JAKOB

Das war mal ein kräftiges Ja! Am 26. September 1993 erhob das Schweizer Volk den 1. August mit einer Mehrheit von 83 Prozent Ja-Stimmen zum landesweit arbeitsfreien Feiertag. Der Bundesfeiertag ist der einzige nationale Feiertag – alle anderen werden nämlich durch die Kantone festgelegt, die dabei ihre regionalen und konfessionellen Bräuche berücksichtigen. Dabei können sie maximal acht Feiertage den Sonntagen gleichstellen, was dann für die Firmen bedeutet, dass sie die Arbeit ruhen lassen

oder eine Bewilligung einholen müssen. Die Feiertage von 2023 für alle Kantone finden Sie hier: rebrand.ly/feiertage.

VOLLZEIT ANGESTELLT. Am einfachsten sind die Regeln für Vollzeitangestellte im Monatslohn. Jene Feiertage, an denen die Arbeit von Gesetzes wegen ruht, beeinflussen den Lohn nicht. Fallen sie auf einen Werktag, sind sie bezahlte Feiertage und müssen auch nicht nachgeholt werden. Fällt ein Feiertag in eine Ferienwoche, zählt dieser nicht als Ferientag: Haben Sie eine Woche Ferien bei einem Vollzeitpensum, werden nur vier Tage berücksichtigt. Fällt der Feiertag jedoch in eine Zeit, in der Sie krank geschrieben sind, gilt zwar die Lohnfortzahlungs-

wer Stundenlohn bezieht

pflcht der Firma auch für den Feiertag. Sie können diesen jedoch nicht nachholen. Hat der Kanton mehr als neun Feiertage, sind zwei Abgeltungsmodelle möglich.

TEILZEIT ANGESTELLT. Bei Teilzeitarbeit mit Monatslohn sind zwei Varianten möglich. **Variante 1:** Sie arbeiten fix an bestimmten Wochentagen, zum Beispiel montags, mittwochs und freitags. Dann kann

vertraglich vereinbart sein, dass Sie für Feiertage, die auf diese Wochentage fallen, den vollen Lohn erhalten, für andere aber nichts. Das gibt dann für Karfreitag den vollen Lohn, am Auffahrtsdonnerstag hingegen gehen Sie leer aus. **Variante 2:** Arbeiten Sie nicht immer an den gleichen Werktagen, werden die Feiertage proportional zum Teilzeitpensum als Arbeitszeit angerechnet. Beträgt Ihr Pensum beispielsweise 60 Prozent oder 24 Stunden pro Woche, werden Ihnen Karfreitag und Auffahrt je mit 4,8 Stunden als Arbeitszeit berechnet.

IM STUNDENLOHN. Die Unia kämpft dafür, dass alle Arbeiter im Stundenlohn einen Zuschlag als Feiertagsentschä-

digung erhalten, wie das zum Beispiel im GAV für die Reinigungsbranche Deutschschweiz bereits festgelegt ist. In anderen Fällen gilt der Arbeitsvertrag. Bezahlt die Firma eine Feiertagsentschädigung, muss sie diese im Arbeitsvertrag durch Angabe eines Betrags oder einer Prozentzahl beziffern – eine pauschale Erklärung («Ist im Lohn inbegriffen») reicht nicht. Achtung: Feiertagszuschläge sind separat zu den Ferienzuschlägen auszuweisen!

GAV KONSULTIEREN. Viele Gesamtarbeitsverträge regeln die Entschädigung an Feiertagen. Schauen Sie im GAV nach, was für Ihre Firma gilt:

Alle GAV sind abrufbar unter: gav-service.ch

ANDERE RELIGIONEN

FREI ZUM FEIERN

Das Arbeitsgesetz berechtigt Sie dazu, für einen religiösen Feiertag freizunehmen, auch wenn dieser nicht zu den kantonalen Feiertagen zählt. Wichtig ist das vor allem für Angehörige anderer Glaubensgemeinschaften als der christlichen. Die Firma muss Ihnen für Ihre Feiertage freigeben, wenn Sie sie mindestens drei Tage im voraus darüber informieren. Allerdings sind diese Tage unbezahlt: Sie müssen sie sich ans Ferienguthaben anrechnen lassen oder kompensieren.

workrätsel

Gewinnen Sie eine Übernachtung!



**Gewinnen Sie eine
Übernachtung mit Früh-
stücksbuffet für zwei
Personen im See- und
Seminarhotel FloraAlpina in
Vitznau LU mit einzig-
artigem Panoramablick
über den Vierwaldstättersee.**

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR.18
Das Lösungswort lautete: **PROTESTTAGE**

		U		B			G		S			P								
A	B	E	R	G	L	A	U	B	E	A	T	H	L	E	T	E	N			
	R		A		G		S	K	I	E	R		M	A	T	H	E	S	E	N
R	O	L	L	T		S	K	I	E	R			M	I	X	E	D		I	L
	D	A	T		A	K	A	T	A	R			P	I	L	O	T	E	N	I
	E	I		K	L	A	N	G			G		P	I	L	O	T	E	N	
	E	L	H	N	E		A		B	E	Z	U	G		N		V	D		
I	N	N		I		K	U	F	E	N		M		S	E	R	I	E		
			S	C	H	A	F		T		S	A	T	A	N		S			
	H	U	L	K		R		F	O	R	T	S		U		M	O	L		
	U	E	I		S	A	T	I	N		A		S	C	H	E	R	L		
R	E	S	P	E	K	T		E		K	U	P	P	E		L		B		
	G	A	S		Y		E	S	T	I	N		U		D	O	L	E		
	E	R		S	P	A	L	T		N	E	U	T	R	O	N	E	N		
	L	A	M	P	E		M	A	D	O	N	N	A		M	E	A	D		

**DEN PREIS, 200 Franken in Reka-Checks,
hat gewonnen: Anna Naik, Zürich.
Herzlichen Glückwunsch!**

hoch- näsig, arrogant	↖	↙	Rand der Mund- öffnung	poet.: Quelle	Plätze, Orte	↖	↙	Blut- gefäss	Stärke, Vitali- tät	Nasal- laut	grosses Gefäss mit Henkel	↖	Figur d. Nibe- lungen- liedes	↙	Verein- igung, Bündnis	zeitl. Spiel- verbot f. Sportler	Fern- kopie	Autokz. Kanton Waadt
sehr vertrau- liche Anrede	→							mas- sieren	→			10			schweiz. Fuss- ball- verband	→		
internat. Presse- agentur	→		falsch vermu- ten, sich täuschen		Arbeiten für saubere ...	→							frz. Film- preis		Compu- termaus- unter- lage	→		
geometr. Kurve	→						1	relig. Lied		Trauben ernten		gebund. Hand- schrift im MA	→		8			Jasskar- te (CH- Blatt)
↗					Ferienort in Südtirol			um- sorgen, hegen	→							Abra- hams Sohn im AT		(Geld) inves- tieren
unrund rollen, wackeln		elektr. geladene Teilchen		Bau... in der Kritik	→				6			früh. finn. Münz- einheit		Land im Auf- bruch	→			
Längs- rillen	→		↙			2		schweiz. Skirenn- fahrerin (Mich.)		Kloster- vorste- her Mz.		von richtiger Grösse	→					5
↗				grosse subtrop. Beeren- frucht		Trink- gefässe	→				11			Vorn. v. Cuche		frz. Artikel	→	
engl. Schul- stadt	Heiss- wasser- fontäne		allge- meine Grund- sätze	→							Schau- spieler		Zeit- spanne	→				
Spiel- karten austeilen	↙				4		schweiz. Radio- u. Fernseh- ges.		Haus- halts- gerät		zum Alter- tum ge- hörend	→				Getreide- bündel		gedou- belte Szene
↗			12	see- männ.: Gezeit	griech. Volks- tanz	→						7	calcium- haltig, Mineral		Halbton unter G	→		
Erb- faktor		Gast- spiel- reise	→							alter Klavier- jazz (Kw.)		Riese, Titan	→					
besitz- anzeig. Fürwort (3. Pers.)	→	9			männl. Fürwort		dt. Vorsilbe: weg		Leitung bei Film- aufnah- men	→					israel. Autor † 2018 (Amos)		Keim- zelle	
Humus		Strom durch Aber- deen	→			Gegen ... und Abzo- ckerei	→					üben, train- ieren	→				3	
↗				Wein- stock	→				zwölf Dutzend	→				... für einen neuen Uh- ren-GAV!	→			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Lösungswort einsenden an:
work, Postfach, 3000 Bern 16,
oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 25. November 2022

INSERAT

Grosse Pflegeaktion in Bern





Samstag, 26. November

Melde dich jetzt an!



WORKPOST



WORK 18 / 4.11.2022:
«EIN TRAUM FÜR TECH-FREAKS»

Echtes Handwerk

Über den Artikel über den Wasserkraft-Techniker Thomas Engler habe ich mich sehr gefreut. Er zeigt, dass die Energie- und Klimawende letztlich nicht die machen (oder schaffen), die im Bundeshaus sitzen, sondern eben die Arbeitenden. Das ist noch echtes Handwerk! Ich bin gespannt auf die nächsten Teile in dieser Serie.

PAUL SCHRADER, WYNIGEN BE

Endlich mal Good News

Das Thema Klimawandel ist ja eigentlich nur noch deprimierend. Und es wird zwar diskutiert und diskutiert, aber getan wird fast nichts. Deshalb ist für mich dieser Wasserkraft-Techniker ein echter Aufsteller. work zeigt einmal mehr: lifere statt lafere!

JOACHIM HEINZMANN, PER MAIL

WORK 18 / 4.11.2022: «VOR RICHTIG ZU GEHEN HAT SICH GELOHNT»

Gut gemacht!

Es geht doch nicht, dass Frauen noch immer vor die Türe gestellt werden, wenn sie Mütter werden. Und das nach zwei Frauenstreiks und jahrzehntelangem Kampf um Gleichstellung! Ich bin froh, haben sich die beiden Verkäuferinnen gegen ihre Kündigung gewehrt. Je mehr Frauen das tun, desto besser! Das ist das einzige, was nützt. Firmen wie Swatch dürfen nicht einfach so davonkommen.

MARTA KOBEL, SOLOTHURN

Traurig!

So traurig! In was für einer Welt leben wir?

USCHI HUBER, VIA FACEBOOK

Miese Masche

Das Perfide ist, dass viele Unternehmen solche Klagen verhindern, indem sie den Frauen einen Ver-

gleich anbieten. So ein Vergleich klingt im ersten Moment nach einem guten Deal, aber in Wahrheit führt der nur dazu, dass nie öffentlich wird, welche Firmen Frauen diskriminieren. Die Frauen bekommen ihr Geld nämlich nur, wenn sie eine Vereinbarung unterschreiben, die ihnen verbietet, über ihren Fall öffentlich zu sprechen und die Firma zu nennen. Diese kann dann gegen aussen weiterhin so tun, als wäre sie ein Vorbild in Sachen Gleichstellung. Dazu kommt, dass die Frauen bei einem solchen Vergleich weniger Geld bekommen, als wenn sie vor Gericht ziehen und gewinnen würden. Dass viele Frauen trotzdem einen Vergleich unterschreiben, hat damit zu tun, dass eine Klage sehr lange dauert und extrem aufreibend ist. Der Fall von Ärztin Nathalie Urwyler ist da doch das beste Beispiel. Darum braucht es dringend eine Anpassung im Gesetz, die verhindert, dass Unternehmen einen Prozess immer wieder verzögern und künstlich verlängern können.

SUSI BAUMBERGER, ADLISWIL ZH

WORK 18 / 4.11.2022:
«SIE SEHEN DIE ARBEITER EINDEUTIG ALS FEINDE!»

Einfach nur unmenschlich

Ich habe es im Sommer bei einer Freundin gesehen: Ihr Freund ist Maurer, und jeden Abend kam er komplett kaputt nach Hause. Unter der Woche hatten sie überhaupt keine Zeit mehr füreinander. Er ging am Morgen früh aus dem Haus, kam am Abend spät heim, hatte gerade noch genug Energie, um kurz etwas zu essen, und musste dann direkt ins Bett. Und das wollen die Baumeister jetzt zur Normalität machen, wann immer es ihnen gerade passt? Das ist einfach nur unmenschlich.

LENA MEYER, AFFOLTERN AM ALBIS ZH

Mehr Protest nötig

Eigentlich sollten nicht nur die Bauarbeiter auf die Strasse. Schliesslich wird gerade für alle alles teurer, aber die Löhne bleiben gleich. Wo also bleiben die Proteste gegen die Inflation, die hohen Strompreise und



WORKLESERFOTO

Rote Blätterpracht

WANN 10. Oktober 2022
WO Im eigenen Garten
WAS Die Zaubernuss im schönsten Herbstkleid
Eingesandt von Rudolf und Anne-Marie Brand, Lützelflüh BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

die steigenden Mieten? In Frankreich und Deutschland gibt es sie, aber in der Schweiz passiert bisher gar nichts. Dabei ergeht es doch den normalen Leuten hier nicht besser als jenen in den anderen Ländern.

TIM HOFER, ZÜRICH

Präsidialämter bringt. Lula ist immerhin schon 77, Biden fast 80 ...

ANJA ABERSOLD, PER MAIL

WORK 18 / 4.11.2022:
«FRAU, LEBEN, FREIHEIT!»

Rückblick gibt Durchblick

Vielen Dank für dieses gute Dossier. Ich wusste gar nicht, dass die Unia so viele Mitglieder aus Iran hat. Und auch der lange Text ist interessant. Ich hatte schon seit Beginn der aktuellen Proteste das Gefühl, dass es um viel mehr gehe als «nur» das Verbrennen von Kopftüchern. Um die Gegenwart zu verstehen, lohnt es sich halt schon auch, immer wieder etwas zurückzuschauen.

LENKA ROSSO, PER MAIL

WORK 18 / 4.11.2022:
DER FIRMENTOD IST IHR GESCHÄFTSMODELL

Auf dem Buckel der Buezer

Es ist schon unglaublich, was sich gewisse Menschen erlauben. Betrügen, was das Zeug hält, dafür ehrlich Arbeitende um den Lohn, die Pensionkasse und die AHV-Beiträge bringen. Eine Schande!

FRITZ KELLER, PER MAIL

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an [work Redaktion Leserbrief](mailto:redaktion@workzeitung.ch), Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16



Jérôme Lasnier (40) schraubt und schmiert in 95 Metern Höhe

«Bei uns ist der Wind der Chef»

Seinen Beruf kann man in der Schweiz nicht lernen: Jérôme Lasnier hält im Berner Jura 16 Windturbinen am Laufen. Der 40jährige erzählt, warum er dafür seefest sein muss – und warum ihn eine Panne manchmal freut.

CHRISTIAN EGG | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

Und plötzlich taucht ein Windrad aus dem Nebel auf. Die riesigen Flügel rauschen ringsum, nicht schnell, aber auch nicht langsam. Eher majestätisch. Der Fotograf findet: meditativ.

Schon seit 1996 betreibt das Berner Energieunternehmen BKW hier im Berner Jura einen Windpark. Mittlerweile stehen auf dem Mont Crosin und dem Mont Soleil oberhalb von Saint-Imier 16 Windräder und liefern grünen Strom für durchschnittlich 15000 Haushalte. Es ist das grösste Windkraftwerk der Schweiz. Und der Arbeitsplatz von Jérôme Lasnier. Als einer von zwei Technikern hält er den Windpark in Schuss.

WORK-SERIE

Sie schaffen die Energiewende

Teures Gas, knapper Strom und eine Klimakrise, die sich immer deutlicher zeigt: Das Thema Energie bewegt die Schweiz wie schon lange nicht mehr. work richtet dabei den Blick auf die Búezerinnen und Búezer, die bereits jetzt an der Energiewende arbeiten. Alle Teile der «worktag»-Serie gibt es zum Nachlesen unter: workzeitung.ch/worktag

Zweimal pro Jahr steht pro Turbine ein Service an. Er wechselt die ÖlfILTER, fettet die Lager, checkt und reinigt die Mechanik, den Transformator und so weiter. Lasnier: «Das ist viel Handarbeit, und das gefállt mir.» Ein bis drei Tage arbeitet das Zweiergespann an jeder Turbine – und lässt dafür den festen Boden weit unter sich: Die Nabe der Windräder liegt 95 Meter über Boden, fast so hoch wie das Berner Münster, der höchste Kirchturm der Schweiz. Hochklettern muss Lasnier aber meist nicht: Im Inneren des Turms befindet sich ein Lift.

BÖSE BISE. Dazu kommen Reparaturen. Bei Problemen schaltet sich eine Turbine automatisch ab, Lasnier bekommt eine Meldung. Dann unterbricht er die reguläre Arbeit und fährt zur defekten Turbine. Damit sie möglichst rasch wieder Strom erzeugen kann. Das komme öfter vor, als man vielleicht denke, sagt Lasnier: «Im Schnitt gibt's etwa alle zehn Tage irgendwo eine Störung. Im Winter öfter, weil dann die Bise oft weht, im Sommer seltener.» Sehr oft sei dann ein elektrisches Element kaputt. Manchmal

brauche die Reparatur nur ein paar Stunden, manchmal mehrere Tage – oder noch länger, wenn der Windpark das benötigte Ersatzteil nicht im Lager habe. Am mühsamsten sei ein Wackelkontakt, sagt der Techniker: «Du ersetzt ein Teil, und die Turbine funktioniert. Und plötzlich steigt alles wieder aus. Den Fehler zu finden braucht manchmal Nerven.»

Trotzdem findet er die Reparaturen spannend. Nur immer den geplanten Service abspulen, das wäre ihm zu repetitiv, sagt er: «Wenn ich zwei Wochen Service gemacht habe, und es gibt eine Panne, dann freue ich mich auf die Abwechslung.»

IMMER ZU ZWEIT. Lasnier verlässt die Schotterstrasse und stapft über die Kuhweide zur Turbine. Er trägt Helm und stabile Schuhe. Im Winter, wenn viel Schnee liegt, kommt er hier zu Fuss nicht weiter: «Dann fahren wir mit einem Quad.» Noch den grösseren Einfluss auf seine Arbeit hat, wen wundert's, der Wind. Weht er mit mehr als 9 Metern pro Sekunde, sollen die Turbinen laufen. Lasnier: «Wir checken immer zuerst die Wetterprognose. Erst dann planen wir unsere Arbeitswoche.» Und werfen den Plan auch über den Haufen, wenn nötig. Gerade letzte Woche waren sie mitten in einem Service, als am Vormittag plötzlich der Wind stärker wurde. «Da haben wir den Service unterbrochen und die Turbine in Gang gesetzt.»

Sie arbeiten immer zu zweit. Schon wegen der Sicherheit: Sollte sich der eine in 95 Metern Höhe verletzen, kann der andere Hilfe holen. Und gewisse Arbeiten gingen ohnehin nicht alleine: «Der grosse Schraubenschlüssel ist mehr als einen Meter lang.



JÉRÔME LASNIER

GEFRAGTER FACHMANN

Jérôme Lasnier stammt aus der ländlichen Region Limousin in der Mitte Frankreichs. Nach einer Ausbildung im Detailhandel arbeitete er in einer Zoohandlung, baute Kräuter und Gewürze an, jobbte in einem Hotel und arbeitete sich dort zum stellvertretenden Direktor hoch. Mit 34 Jahren absolvierte er in Frankreich die sechsmontatige Ausbildung zum Windturbinentechniker. Das macht ihn zum gefragten Mann. Auch in der Schweiz, wo es keine solche Ausbildung gibt. Vor gut einem Jahr erhielt Lasnier ein Angebot von der BKW – und schlug sofort ein.

GEMÜSE. Etwa einmal pro Monat fährt er zurück nach Frankreich und besucht seine Freundin, schaut nach dem Haus und dem Gemüse, das er im Garten anbaut. In der Schweiz verbringt er die Freizeit mit Wandern, Kochen und Lesen, «am liebsten historische Romane, zum Beispiel die von Ken Follett».

Der braucht vier Hände, um die Schraube fest genug anzuziehen.»

BESTEAUSSICHT. Am Windrad schliesst Lasnier die ovale Tür auf. Der Turm aus dickem Stahl hat rund vier Meter Durchmesser. Auch die Gondel am oberen Ende sei grösser, als sie von unten wirke, gut sechs Meter lang und drei Meter hoch. «Grösser als eine Wohnung in Paris und erst noch mit besserer Aussicht», witzelt Franzose Lasnier. Dass sie bei Wind schwankt wie ein Schiff, stört ihn nicht. Er sei seefest, sagt er und schmunzelt.

Nur 0,3 Prozent des Schweizer Stroms kommen aus der Windkraft. In Deutschland sind es 23 Prozent, in Dänemark sogar

49 Prozent. Schon seit mehr als zehn Jahren möchte die BKW gleich neben dem Mont Crosin einen weiteren Windpark bauen – aber das Projekt ist seit Jahren blockiert. Lasnier gibt sich diplomatisch: Die Schweiz habe viele Wasserkraftwerke, die lieferten auch Ökostrom. Und das Land sei halt dichter besiedelt: «Das Dorf in Frankreich, wo ich herkomme, hat 120 Einwohner. Da gibt es viel Platz für Windräder.»

Sind denn die Windräder wirklich eine Gefahr für Vögel, wie oft argumentiert wird? Lasnier winkt ab. Ein einziger Vorfall sei bisher gemeldet worden. «Die Vögel haben auch ein Hirn. Die schauen schon, wo sie durchfliegen.»



GUT GESICHERT: Muss die Turbine eines Windrads gewartet werden, geht's für Techniker Lasnier hoch hinaus.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach, 3000 Bern 16 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch
Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophiebinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Produzentin/Redaktionsleiterin), patriciadinciau@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knezevic, darijaknezevic@workzeitung.ch
Mitarbeit an dieser Nummer Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, David Gallusser, Martin Jakob, Sonya Mermoud, Philipp Müller, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold **Sekretariat** Fabienne Jallily (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch
Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–
Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 65 005 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.